Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Ortsfremdanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 19 — Freitag, den 23. Januar 1920 — 46. Jahrg.

Das neue Frankreich und Deutschland.

Nach dem siegreichen Kriege ist jetzt die französische Regierung umgebildet worden. Die Kammer hat durch die Neuwahlen ein anderes Gesicht erhalten, nach den Ergebnissen der Präsidentenwahl wird Herr Deschanel Präsident der Republik werden, und in diesen Tagen ist nun auch das neue französische Ministerium gebildet worden. Es ist sehr begreiflich, daß man diese Vorgänge bei dem westlichen Nachbar in Deutschland mit erhöhter Aufmerksamkeit betrachtet. Denn nicht zum kleinsten Teil wird die weitere Entwickelung der deutschen Republik mitbestimmt durch das Verhältnis zu Frankreich. Aber auch der stärkste Verständigungswille in Deutschland nutzt nicht viel, wenn man drüben zu einer Verständigung nicht geneigt ist. Naturgemäß wendet man daher in Deutschland den Blick nach dem Westen, ob irgendwelche Anzeichen für einen Umschwung der Stimmung vorliegen. Dabei scheint es notwendig zu sein, einmal darauf hinzuweisen, daß die Vorgänge in den anderen Ländern aber nicht nur unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden dürfen. Fast überall sind es zunächst Vorgänge innerpolitischer Natur, die die neue Politik bestimmen. Das gilt für die Haltung Amerikas in der Friedensfrage und das gilt auch für die Veränderungen in der französischen Regierung.

Herr Clemenceau ist nicht zum Präsidenten gewählt worden, wie man überall anzunehmen geneigt war. Und man muß ihm ein Lob dafür aussprechen, daß er trotz dieser Niederlage nicht gesinnt ist, die Memoirenflut um ein ein- oder mehrbändiges Werk noch weiter anzusteigen zu lassen. Es wäre aber doch ein Irrtum, anzunehmen, daß die Clemenceausche Niederlage auf seine Politik gegen Deutschland zurückzuführen ist, daß der „Organisator des Sieges" nun nicht mehr die Massen hinter sich habe, weil seine Politik gegen die deutsche Republik allzu schroff und haberfüllt sei. Viel richtiger scheint es zu sein, auch die Präsidentenwahl auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen. Dafür spricht schon, daß Deschanel nicht der Mann ist, die Gefesse zu verlassen, in denen die Politik Clemenceaus sich bewegte. Gute Kenner der Verhältnisse schildern Herrn Deschanel als einen außerordentlich liebenswürdigen Mann mit guten Umgangsformen. Diese Liebenswürdigkeit hat ihn aber keineswegs abgehalten, sich während des Krieges in scharfer Form gegen Deutschland zu äußern. Allerdings hat er einige Augenblicke in Deutschland verbracht, und das läßt wenigstens noch eine kleine Hoffnung auf Objektivität zu. Für völlig falsch würden wir es aber halten, in dem Ausfall der Präsidentenwahl ein Anzeichen für eine Kursänderung der französischen Politik Deutschland gegenüber sehen zu wollen. Vielleicht wird sich die Methode ein wenig ändern, keinesfalls aber Richtung und Ziel dieser französischen Politik.

Dafür scheint auch schon die Bildung des Kabinetts zu sprechen, dem Millerand vorsteht. Richtig ist allerdings, daß der neue Präsident noch nicht für dieses Ministerium verantwortlich zu machen ist. Die siebenjährige Amtszeit des Herrn Poincaré erreicht erst am 17. Februar ihr Ende. Nach der französischen Verfassung muß die Neuwahl vier Wochen nachher erfolgen. Während dieser Zeit führt also der alte Präsident die Geschäfte weiter, doch ist es selbstverständlich, daß er wichtige Entscheidungen im Einvernehmen mit seinem Nachfolger trifft. Allerdings dürfte dem Kabinett Millerand wohl überhaupt keine allzu lange Lebensdauer beschieden sein. Man betrachtet es allgemein als ein Übergangskabinett. Millerand soll sein Ministerium als ein Ministerium der Arbeit bezeichnet und auf seine große Rede vom 7. November v. J. verwiesen haben, in der sein Programm vorgezeichnet sei. In dieser Rede hat Millerand ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Deutschland zur Durchführung des Vertrages von Versailles gezwungen werden müsse. Er ist des ferneren dafür eingetreten, die Kriegsbündnisse auch in den Frieden zu übernehmen, also jene Bündnisse, die unbeachtet des Völkerbundes die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der Entente sichern sollen. „Entfalten wir", so sprach Millerand damals, „im Frieden dieselben Tugenden, dieselbe Arbeit und Zähigkeit, die uns im Kriege ausgezeichneten; halten wir dieselbe Eintracht aufrecht, dann können wir unbesorgt in die Zukunft schauen. Frankreich wird auch fernerhin die große Nation bleiben. Seine Toten haben es verdient, daß dem so sei." Innerpolitisch soll Millerand die verschiedensten Reformen planen, aber seine Außenpolitik dürfte keine Kursänderung bringen.

Gegenüber jenen deutschen Politikern, die nach dem kleinsten Verständigungszeichen in Frankreich suchen und solche Worte dann in Fettdruck zu veröffentlichen pflegen, sei noch darauf hingewiesen, daß im Ministerium Millerand Herr Lefèbre, das Ministerium des Krieges übernimmt. Dieser Herr hat sich während der ganzen Friedensverhandlungen als entschiedener Gegner der angeblich zu milden Politik Clemenceaus Deutschland gegenüber gezeigt. Er forderte namentlich die vollständige Entwaffnung Deutschlands, damit ein Manöver im Geiste Scharnhorsts vermieden würde. Auch in der Kammer hat er diese Forderung eingebracht. Daß Millerand diesem Manne das wichtige Portefeuille des Krieges gibt, wird von verschiedenen französischen Blättern als Vorzeichen einer erhöhten Wachsamkeit gedeutet. Zum mindesten sei es ein Anzeichen dafür, daß das neue Ministerium auf der genauesten Ausführung des Friedensvertrages bestehen werde.

Es sind also vorläufig keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß in der von unverhohlenem Haß gegen Deutschland erfüllten Politik Frankreichs eine Änderung eintritt. Für Frankreich ist noch nicht die Zeit gekommen, die die Erkenntnis bringen könnte, daß ein Wiederaufbau Europas nur mit und nicht gegen Deutschland möglich ist. Die deutsche Politik kann nur darauf gerichtet sein, immer wieder die Gemeinsamkeit der Interessen zu betonen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß nichts so sehr im Interesse Frankreichs liegt, wie ein gesundes und kräftiges Deutschland.

Neueste Nachrichten.

Deutsche 200 Millionen-Anleihe in Holland.

Aus dem Haag, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Das niederländische Ministerium des Auswärtigen teilt mit: Zwischen Bevollmächtigten der niederländischen Regierung und der deutschen Regierung ist Übereinstimmung bezüglich einer ihren Regierungen zu unterbreitenden Vereinbarung über einen Deutschland zu gewährenden Kredit gegen die Einfuhr von Steinkohlen aus Deutschland erreicht worden. Die Niederlande gewähren Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden, erlöschbar spätestens in zehn Jahren. Von diesem Kredit sind 60 Millionen für den Ankauf in den Niederlanden von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs bestimmt. Ein Betrag von 140 Millionen dient zum Ankauf von Rohstoffen.

Kein oberschlesischer Freistaat.

Gleiwitz, 22. Jan. (T.-U.) Laut Tarnowitzer Stadtblatt sollte vor dem Eintreffen der alliierten Besatzungstruppen ein neutraler oberschlesischer Freistaat unter dem Schutze des Völkerbundes proklamiert werden. Die Bemühungen des Zentrumspfarrers Olipki aus Ratibor in Paris sind jedoch völlig gescheitert. Die Entente verlangt nur die Volksabstimmung für Deutschland oder Polen. Die Bildung eines Freistaates könne nur unter Anlehnung an einen dieser beiden Staaten erfolgen.

Um die Auslieferung Wilhelm II.

London, 22. Jan. (T.-U.) Nach der „Daily Mail" sollen die alliierten Regierungen die holländische Regierung darauf aufmerksam gemacht haben, daß sie sich nicht darauf berufen könne, daß der frühere deutsche Kaiser der Untertan eines anderen Staates sei. Deutschland habe der Auslieferung bereits zugestimmt. (Durch die mit Gewalt erzwungene Unterzeichnung des Friedensvertrages!) Deshalb könne sie Holland nicht verweigern. Falls Holland den Kaiser ausliefere, werde er auf einem englischen Kriegsschiffe nach England verbracht werden.

Stockholm, 22. Jan. (Priv.-Tel.) „Svenska Dagbladet" erfährt, daß die Regierung der Niederlande an alle übrigen neutralen Staaten einen Appell richten werde, um einen allgemeinen Protest gegen die erzwungene Verletzung des international anerkannten Asylrechts zu veranlassen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris.

Paris, 22. Jan. (T.-U.) Das Pariser „Journal" bringt eine Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Dr. Mayer, der über seine Aufgabe erklärte: Meine Mission ist begründet auf die strikte und loyale Durchführung des Friedensvertrages ohne jeden Hintergedanken.

Frankreich als Polizist in den Abstimmungsgebieten.

Paris, 22. Jan. (Priv.-Tel.) England hat dem Obersten Rat der Alliierten mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Besatzungstruppen für die Abstimmungsgebiete Schlesien, Schleswig, Allenstein usw. zu stellen. Weiter wird berichtet, daß Italien den gleichen Schritt beim Obersten Rat getan habe. Die Aufgabe, dem Polizeidienst in den Abstimmungsgebieten zu versehen, wird Frankreich allein zufallen. Wie verlautet, war England um die Stellung von 25 Bataillonen ersucht worden.

Der Brotpreis in Belgien.

Brüssel, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Brotpreis für Belgien wurde auf einen Franc für das Kilo festgesetzt.

Streikdrohung der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Die Bergarbeiter des Beckens von Charleroi erklärten in einer Tagesordnung, daß sie am 15. Februar d. J. wiederum in den Streik treten würden, wenn bis dahin die wegen des letzten Streiks Verfolgten nicht außer Verfolgung gesetzt seien.

Der Ausstand in Barcelona.

Barcelona, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Gouverneur hat einen Erlaß veröffentlicht, der die Wiederaufnahme der Arbeit ab 26. Januar fordert. Wer dem Erlaß nicht Folge leistet, steht sich scharfen Maßnahmen der Regierung ausgesetzt, u. a. der militärischen Einberufung.

Bolschewisten in Mexiko.

Amsterdam, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Nachrichten aus Mexiko melden die Verhaftung des Generals Alvarenos, des früheren Gouverneurs von Yucaton, durch Offiziere, die auf Befehl des Präsidenten Carranza handelten. Alvarenos ist beschuldigt, auf dem Wege gewesen zu sein, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen und in Yucatan eine Sowjetregierung einzusetzen.

Dutasta gegangen.

Paris, 22. Jan. (T.-U.) Infolge des Sturzes des Ministerpräsidenten Clemenceau ist auch der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta am Montag bereits auf Urlaub gegangen. Er wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit nicht mehr ins politische Leben zurückkehren.

Nach dem Frieden.

Die ersten Gefangenen aus Frankreich.

Aachen, 21. Jan. Am Mittwoch traf der erste Gefangenenzug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich in Herbesthal ein. Ihm folgte in kurzer Zeit ein zweiter Zug mit weiteren 1000 Kriegsgefangenen; ein dritter ist im Anrollen. Damit hat endlich die Heimbeförderung unserer Landsleute aus Frankreich begonnen. Der erste Transport brachte Heimkehrer aus Lille, der zweite aus Noyon, der dritte von Albert. Der erste Zug wird in Jülich ausgeladen werden, die anderen werden nach Düren und Eschweiler weitergeleitet. Die nächsten 12 Züge bringen Gefangene aus den verschiedensten Lagern im Osten Frankreichs. Die Kriegsgefangenen, die seit etwa 20 Stunden unterwegs waren, machten durchwegs einen recht stillen Eindruck. Zum Teil sahen sie auch recht elend aus. Wieweit dies schlechte Aussehen auf das Konto der Reise oder auf die erlittenen Entbehrungen zu setzen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Manche von ihnen sind 5½ Jahre in Gefangenschaft gewesen. Wie sie erzählen, ist die schlimmste Zeit der Gefangenschaft die erste gewesen, da Frankreich nicht auf große Mengen Gefangener eingerichtet war. Nach dem Waffenstillstand wurden die Gesetze der Genfer Konvention zum Teil außer Kraft gesetzt und die Behandlung ganz in das Benehmen der einzelnen Aufsichtsoffiziere gestellt. Die linksrheinischen Gefangenen sind bereits seit Anfang Dezember in verschiedenen Lagern konzentriert und haben bis zuletzt schwere Arbeit bei der Munitionsvernichtung und bei der Wiederherstellung des zerstörten Gebietes leisten müssen.

Die Engländer in deutschen Häfen.

Wie der „Hann. Cour." aus Wilhelmshaven meldet, befinden sich zur Prüfung des durch den Friedensvertrag England zufallenden Materials zurzeit drei englische Kriegsschiffe, ein Linienschiff und zwei Torpedoboote, im dortigen Hafen. Die englische Kommission besichtigte zunächst die Torpedowerft und die Hauptwerft.

Die Saargruben in französischer Verwaltung.

Der französische Grubendirektor Arthur Fontaine wurde zum Verwaltungspräsidenten der Saarwerke, der französische Grubendirektor Defline zum Generaldirektor der Saargruben ernannt.

Die Räumungsfristen für Nordschleswig

sind wie folgt festgesetzt: Hadersleben bis Mitternacht vom 19. zum 20. Januar, Apenrade vom 21. zum 22., Sonderburg vom 22. zum 23., Tondern und Flensburg mit Umgegend vom 24. zum 25. Januar.

Die polnischen Schadenersatzansprüche an Deutschland

für Kriegshandlungen Deutschlands auf jetzigem polnischen Gebiet während der Jahre 1914—17 sind in Höhe von 16¼ Milliarden Mark vom polnischen Kabinett angenommen und nach Paris weitergeleitet worden.

Frankreich zahlt den in Elsaß-Lothringen wohnenden Rentenempfängern die Pensionen weiter.

Dem „Hann. Cour." wird aus Straßburg gemeldet: Die französische Behörde hat beschlossen, den in Elsaß-Lothringen wohnenden altdeutschen Rentenempfängern, die früher in Staatsdiensten gestanden haben, die Pensionen weiter zu bewilligen und die Renten in französischer Goldwährung, die Mark zu 1,25 Frcs., also zu dem früheren Friedenskurs, auszuzahlen.

Die deutsche Mark ist weiter gefallen

und wird in Kopenhagen mit 9,25 bezahlt. In Stockholm bezahlt man nur noch 8½ Öre.

Der Friedensvertrag mit der Türkei

wird den Türken am 30. Januar übergeben. In der Sitzung der alliierten Ministerpräsidenten und Botschafter in Paris sind die britischen Ansprüche auf Kleinasiens Küste angenommen worden.

Die Ausführung des Versailler Vertrages.

Paris, 21. Jan. Laut Havas-Meldung hat der Oberste Rat heute beschlossen, daß kommenden Sonntag die Konferenz der Botschafter eröffnet werden soll, welche die Ausführung des Versailler Friedensvertrages und die laufenden Geschäfte besorgen soll. Die großen Fragen der allgemeinen Politik werden besonderen Konferenzen der Regierungschefs vorbehalten bleiben.

*

Zur Auslieferung des Kaisers.

England der Richter über Wilhelm II.

Genf, 22. Jan. Eine zweite Note der Alliierten aus Holland teilt mit, daß das Mandat zur Übernahme des zur Auslieferung angeordneten früheren Kaisers Wilhelm an England übertragen worden ist.

Weiter meldet der „Temps" aus London: Das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II. findet, auch wenn der Kaiser zunächst nicht ausgeliefert werden sollte, in der letzten Februarwoche in London statt. Der Kronanwalt beim Obersten Gerichtshof ist von den Alliierten mit der Formulierung und Durchführung der Anklage gegen den Kaiser beauftragt.

Die Entente verlangt Deutschlands Unterstützung für die Auslieferung des Kaisers.

Basel, 22. Jan. „Havas" meldet, daß eine Note der Alliierten an Deutschland unmittelbar vor der Abfendung stehe, welche die Unterstützung der deutschen Regierung bei Holland in der Forderung der Auslieferung des Kaisers beansprucht.

Die Entente hetzt zum Bürgerkrieg in Deutschland.

Die Baseler „Pressefinformation" berichtet aus Paris: Die Entente hat beschlossen, eine Anzahl ihrer Agenten in Deutschland zu beauftragen, die ihnen übergebenen Abzüge der Anklageschrift gegen die auszuliefernden Deutschen in weitesten Kreisen der deutschen Presse und auch in jeder anderen Form zu verbreiten. Auf diese Weise versuche die Entente, in den Augen des deutschen Volkes die auszuliefernden Personen als Verbrecher hinzustellen, die ihrer Strafe nicht entgehen dürften. Es werden bereits weit über eine Million solcher Exemplare in deutscher Sprache gedruckt, welche im besetzten Gebiet, in Elsaß-Lothringen und auch im unbesetzten Deutschland verbreitet werden sollen.

Für und wider den Kaiserprozeß.

Rotterdam, 22. Jan. Laut „Nieuwe Rotterd. Cour." erklären sich „Morning Post" und „Manchester Guardian" gegen den Kaiserprozeß. „Globe" meldet aus Paris, es werde mindestens vier Monate dauern, bis die Alliierten die Auslieferung des Kaisers erreichen. Lloyd George geht ganz besonders darauf aus, den Kaiser vor Gericht zu bringen, andere maßgebende Persönlichkeiten seien dagegen.

Ludendorff gegen die Selbstauslieferung.

General Ludendorff, auf dessen Auslieferung die Entente nach den neueren Nachrichten verzichten will, äußerte sich über die Frage, welche Haltung diejenigen einnehmen sollen, deren Auslieferung die Feinde verlangen, zu einem Dresdener Journalisten: „Niemand hat sich freiwillig zu stellen. Sich der Verhandlung entziehen, verstößt nicht gegen die Ehre."

*

Ein Zwischenfall in Posen.

Aus Meseritz wird über einen Zwischenfall bei der Räumung berichtet. Der französische Führer der in Tirschtiegel eingetroffenen Entente-Kommission forderte die Räumung Alt-Tirschtiegels, das nach dem Friedensvertrag deutsch bleiben sollte. Er stellte ein Ultimatum von 24 Stunden und drohte mit gewaltsamer Besetzung der Stadt.

Schwedische Hilfe für die Kriegsgefangenen in Sibirien.

Laut „Voss. Ztg." hat eine schwedische Kommission umfangreiche Vorarbeiten zur Linderung der Not der deutschen Kriegsgefangenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200123-17/fragment/page=0001

in Sibirien getroffen. Die Kommission wird demnächst zur Besprechung ihrer Pläne nach Berlin kommen.

Großdeutsche Kundgebungen in Westpreußen.

Danzig, 21. Jan. Die großdeutschen Kundgebungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet fanden vorgestern unter riesiger Beteiligung in Krusen, Marienburg, Stuhm und Rosenberg statt und verliefen eindrucksvoll. Die Versammlungslokale waren überfüllt. Es sprachen Redner aller in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten politischen Parteien. In den Versammlungen in Marienburg wurden Entschließungen angenommen mit folgendem übereinstimmenden Wortlaut:

„Mehrere tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Ordensstadt versammelt sind, geloben nach Inkrafttreten des Friedensvertrages noch einmal feierlichst, gleich ihren Vorfahren, treues einmütiges Festhalten am Deutschtum. Das westpreußische Abstimmungsgebiet ist urdeutscher Boden, durch Deutschmänner besiegelt und durch deutschen Fleiß, Tüchtigkeit und Ordnungssinn zu glänzender kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung gebracht worden. Dieses urdeutsche Land, an dem wir mit jeder Faser unseres Herzens hängen, wollen wir dem deutschen Vaterlande erhalten. Westpreußen ist die Stütze deutscher Kulturarbeit. Wir waren Deutsche, sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben. Gott schütze Westpreußen."

Entschließungen gleichen Inhalts wurden auch in den übrigen Orten angenommen.

Die deutschen Verluste im Weltkriege.

Nach einer vom Abg. Thiele in Halle (jetziger Landrat des Saalkreises) herausgegebenen Statistik, die er an der Hand der Verlustlisten bearbeitete, hatte das deutsche Heer an Toten insgesamt 1 718 246 Menschen zu beklagen und zwar 62 693 Offiziere und 1 655 553 Mannschaften. Die Zahl der Verwundeten beträgt 4 234 107, darunter 116 015 Offiziere. Als gefangen oder vermißt sind insgesamt 1 073 619 Mann gemeldet, die sich aus 1 050 516 Mannschaften, sowie 23 104 Offizieren zusammensetzten. Der Gesamtverlust des Landheeres beträgt also 7 025 972 Menschen. Bei der Marine werden 24 112 Mann als tot, als verwundet 29 830 und als gefangen 11 654 Marineangehörige bezeichnet, hinzu kommen noch die in neutralen Staaten Internierten, an Krankheit Gestorbenen, so daß die Gesamtverlustziffer der Marine 78 342 Menschenleben beträgt. — Interessant ist die Gegenüberstellung mit den Verlusten im Jahre 1870/71. Auf deutscher Seite betrug 1870/71 der Gesamtverlust an Toten 41 210 (16 056 gefallen, 10 566 an Wunden gestorben, 14 648 an Krankheiten gestorben), an Verwundeten und Unfallverletzten 98 233, an Gefangenen oder Vermißten 14 138.

Die Lage im Reiche.

Die Arbeit der Eisenbahnwerkstätten.

Dieser Tage haben unter dem Vorsitz des Eisenbahnministers Oeser im Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofs in Berlin Beratungen über die Neuordnung der Organisation der Eisenbahn-Hauptwerkstätten der preußischen Staatsbahnen stattgefunden. Aus den Vorschlägen ist besonders hervorzuheben, daß die Hauptwerkstätten der Eisenbahnen, unter denen sich Großbetriebe mit mehr als 5000 Arbeitern befinden, mehr als bisher selbständige Unternehmen werden sollen. An ihrer Spitze werden mit weitgehenden Befugnissen und eigener Verantwortung ausgestattete Leiter stehen. Durch eine sorgfältige Unkostenermittlung wird die Wirtschaftlichkeit jeder Arbeitsausführung überwacht. Die Neuordnung soll gleichzeitig den Wünschen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung entgegenkommen, und jeden, der die erforderlichen Kenntnisse erworben und sich durch gute Leistungen hervorgetan hat, an die Stelle stellen, an der seine Arbeitskraft zur Steigerung der Arbeitsleistungen und zum Gedeihen des Werkes voll ausgenutzt wird.

Die Verhandlungen über die Bamtenbesoldung.

Bei den Unterhandlungen über die Beamtenbesoldungsreform am 15. und 17. Januar im preußischen und Reichsfinanzministerium wurden in der Hauptsache die allgemeinen Grundsätze und Richtlinien besprochen, nach denen das Besoldungssystem künftig zu gestalten ist. Im Ergebnis herrschte Einverständnis darüber, daß die große Zahl der bisherigen Gehaltsklassen möglichst zu verringern ist. Für das Reich wurde eine Zusammenlegung in 12 Gruppen in Aussicht genommen. Jedem Beamten soll bei nachgewiesener Befähigung und erprobter Bewährung nach Maßgabe seiner dienstlichen Leistungen das Aufrücken in höhere Stellen freistehen, und dieser Aufstieg durch systematischen Aufbau der Besoldungsordnung ermöglicht werden. Das Diensteinkommen soll aus dem Grundgehalt und — statt des bisherigen Wohnungsgeldzuschusses — einem Ortszuschlag bestehen.

Zur Anpassung an die jetzigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse treten Teuerungszulagen hinzu. Wegen der Gestaltung der Ortszuschläge im einzelnen — ob feste Beträge nach Gehaltsgruppen oder Gehaltssätzen oder aber prozentuale Zuschläge zum Grundgehalt — waren die Ansichten geteilt. Ebenso wurden die von der Reichsregierung und allen vertretenen Landesregierungen im Interesse der Beamtenschaft übereinstimmend befürworteten Kinderbeihilfen vom deutschen Beamtenbund grundsätzlich abgelehnt und es wurde von ihm statt dessen eine Erhöhung des Ortszuschlages empfohlen. Die Vorbereitungen für das große und schwierige Werk werde mit Beschleunigung fortgesetzt, und es steht zu hoffen, daß für die wirtschaftliche Sicherstellung der Beamten eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Hamburg protestiert gegen die Streckensperre.

Hamburg, 22. Jan. Die Hamburger Gewerbekam[illegible] hat an den Reichskanzler einen scharfen Protest wegen der Stre[illegible]rre eingelegt, da Gas- und Elektrizitätswerk sofort den Betrieb [illegible]en und Zehntausende von Arbeitern entlassen werden müßten. [illegible]er bestehenden Gärung seien Unruhen schlimmster Art zu befü[illegible]

Eine unzutreffende Behauptung des Abg. Hoffmann.

Berlin, 22. Jan. (Amtlich.) Der Abgeordnete Hoffmann hat in der Mittwoch-Sitzung der preußischen Landesversammlung angeblich nach einer Zeitungskorrespondenz behauptet, daß am 12. Januar ein Regierungsausschuß, bestehend aus dem Reichspräsidenten und den Ministern Noske, Bauer und Koch mit diktatorischer Gewalt eingesetzt worden sei. Diese Behauptung ist unzutreffend. Wenn der Abgeordnete Hoffmann weiterhin behauptet, man habe die Vorgänge vor den Reichstag gebracht, um die Einsetzung dieses Direktoriums nach außen begründen zu können, so ist das nur ein neuer Beweis für die unehrliche verhetzende und gewissenlose Propaganda der Unabhängigen.

Weitere Zeitungsverbote.

Kassel, 22. Jan. Die „Volksstimme" in Schmalkalden und das „Gothaer Volksblatt" sind wegen aufreizender Artikel auf 14 Tage verboten worden. Das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Südwestdeutschlands auf 10 Tage.

Die Regierung und die Zeitungsverbote.

Berlin, 22. Jan. Infolge Beschwerde des Deutschen Zeitungsverlegerverbandes gegen die jetzige Praxis der Zeitungsverbote fand in Anwesenheit des Reichskanzlers, des Reichswehrministers und des Reichsministers des Innern eine Besprechung mit den Verlgervertretern statt. Die Regierung nahm weitgehende Machtmittel, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung für sich in Anspruch, erklärte sich aber bereit, Zeitungsverbote künftig unverzüglich zu begründen und durch Verordnung etwa einen Ausschuß von Mitgliedern der Nationalversammlung als Kommission einzusetzen, der als Beschwerdeinstanz gegen die getroffenen Anordnungen wirken soll.

Regierung und Gastwirtestreik.

Berlin, 22. Jan. Gegenüber dem drohenden Generalstreik der Gastwirte herrscht die Ansicht vor, daß die Beibehaltung der Zwangswirtschaft eine Bevorzugbung der Gastwirte ausschließt und die Reichsregierung nicht daran denke, die Schleichhandelsbestimmungen zu mildern.

Politische Übersicht.

Polen.

Gesamtmobilisierung des polnischen Heeres.

Trotzki und Lenin haben dem westlichen Europa in letzter Zeit durch Funkspruch verkünden lassen, daß, nachdem es den roten Armeen gelungen sei, Judenitsch im Nordosten, Koltschak im Osten und Denikin im Süden zu schlagen, sie sich demnächst mit ihren ganzen Streitkräften gegen Polen und die Randstaaten im Westen wenden würden. Während deshalb Letten, Esten und Litauer versuchen, in Dorpat und Helsingfors nach dem Kopenhagener Beispiel ihrer Entente-Lehrmeister zu einem Frieden mit Sowjetrußland zu kommen, scheint Polen die bolschewistische Drohung ernst zu nehmen und die Entscheidung den Waffen überlassen zu wollen. Es wird uns gemeldet:

Rotterdam, 22. Jan. Der „Daily Telegraph" meldet aus Warschau: In Erwartung eines bolschewistischen Vorstoßes aus der Ukraina unterzeichnete der Ministerrat die Gesamtmobilisierung des polnischen Heeres. Auch die Auslandspolen werden einberufen.

Todesstrafe für ungetreue Beamte.

Amsterdam, 22. Jan. Die „Times" melden aus Warschau: Der polnische Landtag bereitete den Entwurf für ein Gesetz vor, das die Todesstrafe für Regierungsbeamte einführt, die sich des Diebstahls von Regierungseigentum und der Annahme von Bestechungsgeldern schuldig machen.

Belgien.

Der König von Belgien in Paris.

Paris, 21. Jan. (Havas.) Der belgische König, der inkognito nach Paris gekommen war, hatte Mittwoch nachmittag eine längere Unterredung mit dem Präsidenten der Republik.

Annahme des Frauenstimmrechts.

Brüssel, 21. Jan. (Havas.) Die Sektionen der Kammer traten am Mittwoch zusammen und beschlossen einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen die Abschaffung des Paragraphen 310 des Strafgesetzbuches, der jede Verletzung der Arbeiterfreiheit unter Strafe stellt. Der Gesetzentwurf, der den Frauen das Stimmrecht gewährt, wurde von den Katholiken und Sozialisten aller Sektionen angenommen. Die Liberalen stimmten dagegen.

Frankreich.

Abreise Lloyd Georges.

Paris, 22. Jan. Lloyd George hat Mittwoch vormittag 10 Uhr Paris im Sonderzuge verlassen. Clemenceau, der am Bahnhof erschienen war, unterhielt sich lange Zeit mit ihm. Auch Ministerpräsident Millerand war zugegen und besprach sich mit Lloyd George und Clemenceau.

Italien.

Scharfe Maßnahmen gegen die Streikenden.

Mailand, 22. Jan. Die Blätter melden, wegen des Eisenbahnerausstandes werden die Züge von Maschinengewehr-Abteilungen überwacht. Es wurden strengste Weisungen erteilt, um Attentate gegen die Arbeitsfreiheit zu verhindern. Nach „Secolo" war der Streik in Bologna allgemein, in Genua und Turin streiken beinahe 90 Prozent.

Portugal.

Das neue Kabinett.

Lissabon, 22. Jan. (Havas.) Das Kabinett hat sich unter dem Vorsitz von Domingo Pereira (Demokrat) gebildet. Es umfaßt vier Demokraten, vier Liberale, zwei Unabhängige und einen Sozialisten. Mello Bareco hat die auswärtigen Angelegenheiten übernommen.

Merseburg und Umgegend.

22. Januar.

Eine Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Provinz Sachsen

ist im Entstehen begriffen. Es sollen zu diesem Zweck besondere gemeinnützige Unternehmungen gebildet werden, die sich über den Umfang einer Provinz erstrecken. Diesen neuen Organisationen sog. Wohnungsfürsorgegesellschaften werden im wesentlichen folgende Aufgaben zufallen: Bauberatung, Vermittlung von Baumaterial, Hypotheken und Gewährung von Zwischenkredit, Beschaffung von Baugelände usw. Soweit jetzt schon zu übersehen, ist eine genügende Beteiligung zu erwarten, und die Landesversicherungsanstalt der Provinz Sachsen-Anhalt hat bereits 1 Million Mark als Stammeinlage bereitgestellt.

*

** Ernennung. Rechtsanwalt und Notar Alfred Wehler in Merseburg ist durch den Justizminister zum Notar ernannt worden.

** **Die vielumstrittene Verordnung des preußischen Landwirtschaftsministers vom 2. September 1919**, die zur Verhütung von Landarbeiterstreiks im Falle Nichtanerkennung von Arbeitsverträgen durch die Arbeitgeber den Demobilmachungskommissaren das Recht gab, den Landwirten die Verwaltung ihres Grundbesitzes zu entziehen, ist von dem Minister unter dem 4. d. M. wieder aufgehoben worden. Diese Verordnung „zur Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeiten" war in den Kreisen der Landwirtschaft und im Parlament auf den schärfsten Widerstand gestoßen und in bezug auf Rechtsverbindlichkeit angefochten worden. Man hat denn auch nicht von einem Falle gehört, wo sie zur Anwendung gekommen wäre. Sie ist ein lediglich auf dem Papier stehender Ukas vom grünen Tisch geblieben und nun mit Fug und Recht sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden.

** **Die Versteuerung der Pacht- und Mietverträge für das Jahr 1919** ist bei dem hiesigen Zollamt bis zum 31. Januar d. J. zu bewirken. In Betracht kommen schriftliche und mündliche Verträge über die Verpachtung oder Vermietung im Inlande gelegener unbeweglicher Sachen oder ihnen gleichgeachteter Rechte, falls der jährliche Pacht- oder Mietzins mehr als 360 M und bei der Verpachtung von unbeweglichen Sachen zur land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung mehr als 300 M beträgt. Betrifft das Mietverhältnis Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, so bleiben 50 vom Hundert der nach den vorgeschriebenen Sätzen zu berechnenden Stempelabgabe unerhoben. Stempelpflichtig sind auch schriftliche oder mündliche Verträge über die Vermietung möblierter Zimmer; steuerfrei sind dagegen Mietverträge, durch die Gastwirte oder Zimmervermieter Fremde zur Beherbergung aufnehmen. Alles weitere ist aus den von den Zollämtern zu beziehenden Steuerformularen, welche auf ihrer ersten Seite die einschlägigen Bestimmungen usw. enthalten, zu ersehen. Da die Frist zur Versteuerung am Schlusse dieses Monats abläuft, machen wir alle Steuerpflichtigen zur Vermeidung der festgesetzten Strafen hierdurch auf die Versteuerung aller Pacht- und Mietverträge noch besonders aufmerksam. Das Zollamt befindet sich im Hause Weißenfelser Straße 9, 2 Treppen hoch. Dienststunden sind von 8 bis 9 Uhr.

** Elektrizitätswirtschaft. Die Nationalversammlung hat zum Zwecke einer besseren Versorgung des gesamten Reichsgebiets mit Elektrizität ein Gesetz, betreffend „die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft" vom 31. Dezember 1919 beschlossen, welches in Nr. 5 des Reichsgesetzblattes zur Veröffentlichung gelangt ist. Nach diesem Gesetz muß das Reichsgebiet spätestens bis zum 1. Oktober 1921 zum Zwecke der Elektrizitätsbewirtschaftung in Bezirke eingeteilt sein. Für diese Bezirke werden dann Körperschaften oder Gesellschaften gebildet, in denen die der Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit dienenden Anlagen zusammenzuschließen sind. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Unternehmungen, welche die von ihnen erzeugte elektrische Arbeit ganz oder überwiegend für eigene Betriebe verbrauchen. Nach § 2 dieses erwähnten Gesetzes ist das Reich befugt: „1. Das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen, welche zur Fortleitung von Anlagen Anlagen, welche zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in einer Spannung von 50 000 Volt und mehr bestimmt sind und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen; 2. das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit (Elektrizitätswerke) meit einer installierten Maschinenleistung von 5000 Kilowatt und mehr, welche im Eigentum privater Unternehmer stehen und nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen und 3. privaten Unternehmern zustehende Rechte zur Ausnutzung vo nWasserkräften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, welche nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe bestimmt sind, einschließlich des Eigentums an den errichteten Anlagen usw. gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen."

** **Pünktliche Abholung der Militärrenten.** Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen (Pensionen, Renten und Hinterbliebenenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Gebührnisse am kommenden Hauptzahltage — 29. Januar — erinnert. Für die glatte Abwicklung des Rentenzahlgeschäfts bei den Postanstalten ist die pünktliche Abhebung der Beträge unbedingt notwendig. Empfänger, die zur Abholung am Hauptzahltage nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Fälligkeitsmonat — Monat Februar — abzuheben.

** **Achtung Schleswiger!** Die Abstimmung in der ersten Zone findet am 10. Februar 1920 statt. Alle Abstimmungsberechtigten, die sich noch nicht gemeldet haben, müssen bis längstens 25. Januar 1920 ihre Adresse an den Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig in Flensburg, Südergraben 59 (Lutherhaus) einsenden. Wer sich später meldet, läuft Gefahr, daß er den Fahrschein nicht mehr rechtzeitig bekommt. Abgestimmt wird für außerhalb der ersten Zone wohnhafte im Geburtsort. Abstimmungsberechtigt sind alle Personen, männliche oder weibliche, die im Augenblick des Inkrafttretens des Friedensvertrages 20 Jahre alt geworden und die im Abstimmungsgebiet geboren sind. Es kommen also alle die in Frage, die spätestens am 10. Januar 1900 geboren sind. Den Abstimmungsberechtigten werden Freifahrscheine und Gutscheine für Verpflegung übersandt. Die Beförderung in die Abstimmungsorte erfolgt mit den fahrplanmäßigen Zügen oder mit Sonderzügen. Für die Provinz Sachsen kommt der Sonderzug C ab Leipzig am Sonntag den 8. Februar 1920 9,35 abends in Frage, der in Halle etwa gegen 10 Uhr eintrifft und die Abstimmungsberechtigten aus der näheren Umgebung (Merseburg usw.) aufnimmt. In Magdeburg wird auf dem Bahnhof eine Auskunftsstelle eingerichtet, die nähere Auskunft erteilt. Für Verpflegung ist ebenfalls gesorgt.

** **Falsche Matrosen.** Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Bei dem Versuch, das Betriebsrätegesetz mit Gewalt zu sabotieren, haben Männer in Marineuniform im Vordergrunde gestanden. Die Reichsmarine hat mit diesen Elementen nichts zu schaffen. Das unberechtigte Tragen der Matrosenuniform ist strafbar, und die Sicherheitsorgane sind auf Grund der Verfügung des Oberkommandos Noske vom 4. August 1919 erneut ersucht worden, „Matrosen", die nicht im Besitze des für die Reichsmarine vorgeschriebenen Lichtbildausweises sind, festzunehmen und der Strafverfolgung zuzuführen.

** **Gewarnt wird vor einem Schwindlerkleeblatt**, das in Mitteldeutschland im großen Stil Zigarettenschwindel durch Zeitungsinserate betreibt. Unter den Firmenbezeichnungen „Holländische Import-Compagnie, Groningen", oder „Norske-Import-Compagnie, Fabrik für Rauchwaren, Stockholm und Christiania" usw. werden von Berlin aus Zigaretten guter und bester Qualität besonders preiswert und geeignet für Gastwirte unter Nachnahme angeboten. Die eintreffenden Kisten enthalten dann zum größten Teil Papier, sonst aber nur sog. Mischware. — Gewarnt wird vor zwei Betrügern, die unter der Angabe, Gold, und zwar zerkleinerte Frankstücke, verkaufen zu wollen, ihrem Opfer zwecks Untersuchung ein kleines echtes Goldstückchen ausliefern, ihm aber nachher anstatt Gold Messingstückchen unterschieben. Die Betrüger, anscheinend Russen, gehen dabei ganz raffiniert vor. Einen Geschäftsmann aus Frankfurt a. M. haben sie auf diese Weise um 115 000 M geschädigt.

** **Erhöhung der Fuhrpreise.** Der Verband der Inhaber von Geschirrhaltungen aller Art in Merseburg gibt im Anzeigenteil dieser Zeitung neue Fuhrlohnsätze bekannt, die ab 10. Januar gelten und eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Sätze bedeuten.

** **Diebe in der Volkshochschule.** Eine recht trübe Erfahrung machten drei Teilnehmer der Kaufmännischen Bildungskurse der Merseburger Bildungsabende, die im früheren Lazarett in der Karlstraße 4 hier abgehalten werden. Bei Beendigung des Unterrichts mußten sie feststellen, daß ihre Mäntel bezw. Überzieher und Hüte gestohlen worden waren. Einen der Bestohlenen trifft dieser Diebstahl ganz besonders, da er unvorsichtigerweise noch die Brieftasche im Überzieher gelassen hatte neben verschiedenen Schlüsseln und einem Kneifer. Bei Anbieten der gestohlenen Sachen wird Nachricht an die Polizei erbeten, um solchen Dieben die Luft am Handwerk zu vertreiben.

** **Ein schwerer Diebstahl.** Zünftige Einbrecher statteten den Scheunen der Landwirte Friedrich Bohle und Tünschel in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch einen Besuch ab. Dort stahlen sie in der einen Scheune einen 5 pferdigen Gleichstrommotor, in der anderen sämtliche Treibriemen von der Dreschmaschine. Die Beute der Einbrecher, die noch unermittelt blieben, stellt einen Wert von 11000 M dar. Beim Auftauchen der gestohlenen Gegenstände wird Nachricht an die Polizei erbeten.

** **Zu den Lichtverhältnissen in der Christianenstraße und Weißen Mauer** wird uns geschrieben: Schon vor kurzem hatte ich die schlechten Lichtverhältnisse an der Weißen Mauer und der Christianenstraße sowohl für Haus- und Wohnungsbeleuchtung in Erwähnung gebracht. Das „Zucken" und Flimmern des elektrischen Lichtes scheint ja nun abgestellt zu sein, aber damit ist es auch mit der regelmäßigen Stromzuführung vorbei. Seit ungefähr 2 oder 3 Tagen geht das Licht, hauptsächlich in den Morgenstunden (6½—7½ Uhr), aber auch nicht selten in den Abendstunden (6—8 Uhr) in Zeiträumen von 5 Min. bis zu einer Viertelstunde, oft aber ganz unerwartet aus, und der Strom bleibt in kurzen und langen, bisweilen zu langen Zeiträumen aus, was sehr stört. Ebenso unregelmäßig brennt die Lampe für die Straßenbeleuchtung an der Kreuzung Weiße Mauer—Christianenstraße. Sehr oft ist es so, daß die Lampe am Anfang der Baracken brennt und erstere — nicht. Am Mittwoch aber war es mit der Straßenbeleuchtung an dieser Straßenkreuzung radikal vorbei. Warum brennt denn die Lampe vor den Baracken und Weiße Mauer 34/36? Diese hängt gewiß auch so frei wie erstere, und wird genau so vom Winde oder Sturme bewegt. Vielleicht tragen diese Zeilen endlich dazu bei, die gesamten Lichtverhältnisse an der Weißen Mauer sowohl, als auch in der Christianenstraße zu bessern. L.

** **Der Zaun auf Abbruch.** Zu unserer diesbezüglichen Lokalnotiz in Nr. 17 des „M. K." teilt uns der Waisenhausinspektor König mit, daß das Waisenhaus nicht mehr Besitzer des eingezäunten Feldes südlich der Christianenstraße ist. — Wie wir daraufhin erfahren, hat die Stadt Merseburg dieses Grundstück im Herbst 1919 käuflich erworben und geht der angezogene Mißstand deshalb die Stadt an. Damit es wirkt, fügen wir gleich noch bei: Die Einfriedigung des Feldes befindet sich nach Augenzeugen in einem außerordentlich schlechten Zustand. Es sind bereits verschwunden das große Eingangstor und auf einer Strecke von 10 Metern das gesamte Geländer mit den dicken Pfosten, auf weiteren zahlreichen Stellen ist das Geländer auf Strecken von einem Meter und mehr ausgebrochen oder ganz gestohlen worden. Und wir glauben sagen zu können: Noch eine kleine Weile und auch die Reste dieses Geländers sind verschwunden!

** **Vaterländischer Frauenverein Merseburg-Stadt.** Die vom Vereine betriebene Säuglingsfürsorge und Wöchnerinnenpflege, welche der Verein jetzt durch die Anstellung einer ausgebildeten Wöchnerinnenfürsorgerin noch weiter auszugestalten beabsichtigt, hat neuerdings seitens des Hauptvorstandes der Vaterländischen Frauenvereine zu Berlin Anerkennung und Förderung dadurch erfahren, daß der Hauptvorstand dem Vereine eine Beihilfe von 500 M aus dem „Kronprinzessin Cäcilie-Fonds für deutsche Mütter" bewilligt hat. Diese Gabe ist um so dankenswerter, als die Zweigvereine nur 5 v. H. ihrer Mitgliederbeiträge — nicht der ihnen gewordenen Geschenke usw. — an den Hauptvorstand der Vaterländischen Frauenvereine zu Berlin und nur weitere 5 v. H. an den Provinzialverband der Vereine zu Magdeburg abzuführen haben, während alle übrigen Einnahmen den Zweigvereinen selbst verbleiben.

** **Der Verein ehem. 12er Husaren** hielt am Mittwoch nachmittag im Saale des Tivoli nach mehr als 5jähriger Pause wieder ein Vergnügen ab, das einen anregenden Verlauf nahm. Der Vorsitzende begrüßte die Mitglieder und Gäste mit herzlichen Worten und einer beherzigenswerten Ansprache, in der er u. a. sagte: Wenn wir Ihnen nicht mehr bieten, so liegt es in den Verhältnissen der Zeit. Wir befinden uns in einer Zeit der größten Entbehrungen und bittersten Enttäuschung. Wann die Entbehrungen aufhören werden und wohin der eingeschlagene Weg führt, vermag niemand zu sagen. Das eine aber steht fest, wenn die Uneinigkeit und der Parteihader nicht aufhören, werden wir uns nicht wieder aufraffen können. Wir Kriegervereine nehmen an dem Parteihader nicht teil. Wir sind nach wie vor einig und wollen unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse nach Kräften dazu beitragen, daß der Wiederaufbau unseres zerrütteten Volkes und unseres armen Vaterlandes sich tunlichst schnell vollzieht. Wir bitten Sie, in diesen paar Stunden die Liebe und Anhänglichkeit in weitestem Maße zu pflegen und außerhalb unseres Vereins dazu beizutragen, daß der Hader und Haß bald wieder aus unserem Volke verschwinden, damit dieses ein einig Volk von Brüdern werde.

** **Bund der Auslandsdeutschen.** In der gestrigen Versammlung gelangten die Schadenanmeldeformulare zur Verteilung. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Ausfüllung nach den Werten vom 25. Juli 1919 zu erfolgen hat, und zwar nach bestem Wissen und Gewissen. Die ausgefüllten Formulare sind unter Benutzung der mitgegebenen Umschläge dem Schriftführer zu übergeben. Für solche Mitglieder, die nicht selbst die Vervollständigung der Formulare vornehmen können, haben sich eine Reihe von Herren bereit erklärt, die Ausfüllung nach deren Angaben zu übernehmen. Es wurden dafür vier Abende im Ratskeller in Aussicht genommen, und zwar Freitag den 23. d. M., für Mitglieder aus Frankreich, Montag den 26. d. M. für Mitglieder aus Rußland und Belgien, Donnerstag den 29. d. M. für Mitglieder aus England und Kolonien, Montag den 2. Februar für Mitglieder aus allen übrigen Ländern. — Wegen Zuteilung von Kleidungs- und Wäschestücken an bedürftige Auslandsdeutsche schweben noch Unterhandlungen mit den in Frage kommenden Dienststellen. Die Mitglieder wurden auf die Vorteile aufmerksam gemacht, die ihnen durch das Reich in bezug auf Reichsnotopfer und Einkommensteuer zugebilligt sind. Über die letzte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200123-17/fragment/page=0002

Vergünstigung bestand noch nicht volle Klarheit, so daß sich eine Rückfrage in Berlin notwendig gemacht hat.

** **Verein für deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe Merseburg.** In der letzten Jahreshauptversammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt: Oberlandmesser Friederichsen als Vorsitzender, Zivilsupernumerar Haun als Schriftwart, Gastwirt Müller als Kassenwart und stellvertretender Vorsitzender. Als neue Vorstandsmitglieder wurden hinzugewählt: Herr Kuhne in Meuschau als Dressurwart und Herr Thiemann in Merseburg als Beisitzer. Herrn Müller wurde auch die Verkaufsvermittelung sämtlicher im Besitz der Mitglieder verkäuflichen Hunde übertragen. Von der Ortsgruppe wird beim Hauptverein der Antrag gestellt, „Kriegsblinde", welche bereits Mitglieder sind, oder solche, die es werden wollen, „beitragsfrei" zu machen bezw. von diesen nur den halben Jahresbeitrag zu erheben. In der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß die Ortsgruppe wieder einen erfreulichen Zugang an Mitgliedern habe und daß sie mit 30 Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr hineingehe. Die Arbeit auf dem Dressurplatze in Meuschau muß des Hochwassers wegen ruhen, wird aber, sobald der Platz trocken ist, wieder aufgenommen. Die sehr reichhaltige Bücherei steht den Mitgliedern jederzeit zur Verfügung. Neuanmeldungen nimmt Herr Müller jederzeit gern entgegen. Die nächste Vollversammlung wird am Freitag den 20. Februar in der „Wartburg" abgehalten. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Vortrag des Vorsitzenden über Aufzucht von Welpen. Am 6. Februar gemütliche Zusammenkunft aller Schäferhundmannen in der „Goldenen Kugel" beim Gastwirt Mehe.

** **Der Kaninchenzüchter-Verein für Merseburg** hält am Freitag den 23. Januar, abends 7 Uhr, in der „Funkenburg" eine Monatsversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab. Ferner liegt die Abrechnung über die 5. große Kaninchenschau des Vereins zur Einsicht offen. (Siehe Anzeige.)

** **Öffentliche Gastwirteversammlung.** Im Anzeigenteile des heutigen „Merseburger Korrespondent" wird für Dienstag den 27. Januar, nachmittags 1 Uhr, eine öffentliche Gastwirteversammlung einberufen. Die Versammlung soll sich mit der Herbeiführung einheitlicher Faßbierpreise für die ländlichen Gastwirte und mit der Stellungnahme zum Wuchergesetz und der verkürzten Polizeistunde befassen.

** **Die Vorlesestunden im „Herzog Christian"** finden, worauf wir nochmals aufmerksam machen, Sonntags von 5½—6 Uhr statt.

*

Die Gemeinden am künftigen Kanal und die Bodenspekulation.

Ein Wort zur Aufklärung.

Man schreibt uns: Jeder neue Verkehrsweg erschließt Land zu besonderen Kulturzwecken. Er schafft der ansässigen Industrie die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse billig abzutransportieren. Rohstoffe und Massenartikel können wohlfeiler herangebracht werden als mit der Eisenbahn. Diese wird wesentlich entlastet. Neue Industrie siedelt sich an, neue Wohngelegenheiten werden geschaffen. Alle Kreise, sowohl die Erzeuger von Waren als auch die Verbraucher, haben Nutzen. Der Wert des Grund und Bodens in weitem Umfange rechts und links des Kanals steigt mit jeder Fabrik, mit jedem Menschen, der sich hier ansiedelt. Diese natürliche Wertsteigerung wird von berufsmäßigen und Gelegenheits-Bodenspekulanten benutzt, um mühelos große Gewinne einzustreichen. Bezahlen müssen alle die, die auf dem so verteuerten Boden leben und arbeiten müssen. Jedes Erzeugnis der Arbeit und jede Wohnstätte wird von vornherein mit diesen Bodenspekulantengewinnen aufs höchste belastet. Können wir diese ungesunde Spekulation ausschließen, oder, wenn sie sich schon eingenistet hat, ihr die Gewinne wieder abnehmen und wer kann das? Ja, die Gemeinden können es. Wie können sie die Spekulation verhindern? Sie lassen sich von der Regierung das Vorkaufsrecht verleihen und üben es bei jedem Bodenverkauf, der in ihrem Gemeindebezirk vor sich geht, aus. Mit anderen Worten, sie vermehren planmäßig das Gemeindegrundeigentum. Sie zahlen den gemeinen Wert, d. h. den Wert, den der Verkäufer zur Versteuerung selbst angegeben hat. Sie geben nun das Land an Liebhaber in Erbpacht aus oder lassen beim Verkauf ihr Wiederkaufsrecht im Grundbuch eintragen. Dieses üben sie aus, wenn der Käufer von Gemeindeland das Land spekulativ wiederverkaufen will. Bei Erbpacht hat die Gemeinde dauernd die Erbpachtzinseinnahme. In beiden Fällen ist jede Bodenspekulation ausgeschlossen, es gibt also billigen Wohn- und Arbeitsboden. Hat aber die Gemeinde bis dahin Spekulationskäufe im Boden nicht verhindern können, wie kann sie dann die Spekulationsgewinne für sich, d. h. für jedes Gemeindemitglied, gewinnen? Sie führt die Steuer nach dem gemeinen Wert ein, d. h., jeder Grundbesitzer schätzt sich selbst ein. Ist die Gemeinde mit der Höhe des Wertes nicht zufrieden, kann der Besitzer verlangen, daß die Gemeinde sein Grundstück für den höheren Wert, den sie geschätzt hat, kauft. Der Besitzer wird also in keinem Falle geschädigt. Der Steuersatz kann für bebaute und unbebaute Grundstücke verschieden sein. In organischem Zusammenhange mit der Steuer nach dem gemeinen Wert ist eine Wertzuwachssteuer einzuführen. D. h. bei einem Grundstücksverkauf ist der unverdiente Wertzuwachs mit einem sehr hohen Prozentsatz wegzusteuern. Auch hier wird niemand geschädigt, denn auf einen Wertzuwachs, den nicht er, sondern die Allgemeinheit geschaffen hat, hat auch nicht er, sondern die Allgemeinheit Anspruch. Nach allgemein anerkannten Grundgesetzen ist eine Bodensteuer nicht auf den Käufer abwälzbar. In beiden Fällen wird die Steuer auf das Einkommen, also auf die ehrliche Arbeit, entlastet oder für Bodenhungrige ist billiger Wohn- und Arbeitsboden vorhanden.

*

Die Leuna-Werke zum Bau des Elster-Saale-Kanals.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik, Ammoniakwerk Merseburg, hat zum Bau der Südlinie des Mittellandkanals wie folgt Stellung genommen: Der Frage des Mittellandkanals hat das Werk schon seit dem Entstehen das größte Interesse entgegengebracht, da die große Bedeutung desselben für die Entwicklung von Mitteldeutschland und damit auch für das Werk ohne weiteres klar ist.

Wir sind der Ansicht, daß die Entstehung der Stickstoffindustrie in Mitteldeutschland wegen des Krieges vollständig neue Gesichtspunkte in die ganze Angelegenheit gebracht hat.

Die Bedeutung der Stickstoffindustrie liegt bekanntlich darin, daß wir durch sie der Landwirtschaft den unentbehrlichen Stickstoffdünger in so ausreichendem Maße zuführen können, daß wir uns allmählich von der Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln aus dem Auslande frei machen können. Welche Vorteile damit nicht nur für die deutsche Landwirtschaft, sondern für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verbunden sind, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Es ist deshalb auch unbedingt notwendig, daß die in Frage kommenden Werke so an die verschiedenen Land- und Wasserstraßen angeschlossen werden, daß zu keiner Jahreszeit irgendwelche nennenswerten Störungen im Bezug der Rohstoffe oder des fertigen Stickstoffdüngers eintreten können.

Als Rohstoff kommt für unser Werk, das als Erzeugerin von Primär-Stickstoff die weitaus größte Bedeutung der drei großen mitteldeutschen Stickstoffwerke hat, nur Braunkohle und Hüttenkoks in Frage. Während erstere in den nächsten Jahrzehnten aus dem Geiseltale bezogen wird, sind wir für den Bezug von Koks bis jetzt ausschließlich auf die Bahn angewiesen, so daß hierfür ein Wasserweg schon jetzt sehr großes Interesse bietet. In Frage kommt ein Bedarf von täglich etwa 1500 To. — rund 530 000 To. im Jahre. Außerdem käme eventuell noch der Bezug von Steinkohlen für unsere Lokomotiven mit rund 18 000 To. im Jahre in Frage. Erhöhte Bedeutung würde der Wasserweg nach Erschöpfung der Braunkohlenlager im Geiseltale und im Wallendorfer Becken gewinnen. Da dies jedoch noch in weiter Ferne liegt, kann darauf zurzeit natürlich keine Rücksicht genommen werden.

Die von den Stickstoffwerken Mitteldeutschlands erzeugten Stickstoffdünger werden in der Hauptsache zur Versorgung des landwirtschaftlich überaus wichtigen deutschen Ostens mit Stickstoff dienen.

Da die Abfuhrverhältnisse bei der Eisenbahn sicherlich noch viele Jahre ungünstige bleiben werden, wird der Transport dorthin wesentlich auf der Ausgestaltung des Wasserweges beruhen. Gerade zur Hauptsaison (Januar bis März) wird der Anspruch der Stickstoffindustrie auf Transportmittel so groß sein, daß er von der Eisenbahn sicherlich in absehbarer Zeit nicht befriedigt werden kann, zumal gerade in dieser Zeit auch die Lebensmitteltransporte vom Osten nach dem Westen die notwendigen Bahnwagen besetzt halten werden. Die Ausbildung einer regelmäßigen Wasserbeförderung von Stickstoffdüngemitteln nach dem Osten empfiehlt sich auch, weil die Abnehmer auf diesem Wege daran gewöhnt würden, für eine regelmäßige Rückfracht zu sorgen.

Im Hinblick darauf, daß der Osten verhältnismäßig gut von Wasserstraßen durchzogen wird, dürfte ein ziemlich großer Teil der bei uns erzeugten Düngemittel auf den Wasserweg zu bringen sein und zwar würden voraussichtlich jährlich etwa 100 000 To. dafür in Frage kommen.

Aus dem Gesagten ist ohne weiteres ersichtlich, daß bei der Linienführung des Kanals auf unser Werk unter allen Umständen Rücksicht genommen werden muß. Während im allgemeinen sogar größere Umwege bei einer Wasserstraße nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind, ist es jedoch nicht angängig, ein Werk von der Bedeutung des unseren ganz auszuschalten, wie dies bei der Nordlinie und beim Rhederschen Projekt der Fall wäre. Wir sind deshalb der Ansicht, daß

nur die Südlinie

mit gleichzeitiger Kanalisierung der Saale bis zu unserem Werke und Anschluß der Stadt Leipzig durch den Saale-Elster-Kanal den jetzigen Verhältnissen Rechnung trägt, und bei eingehender Prüfung wird sich auch die maßgebende Regierungsstelle unserer Ansicht nicht verschließen können.

*

Aus der Stadtverwaltung.

Der Magistrat hat folgende Beschlüsse gefaßt, die der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden:

Städtische Deputation für Körperpflege.

Es wird eine Deputation für Körperpflege gebilligt, welche besteht aus 3 Magistratsmitgliedern und 6 anderen Mitgliedern, von denen 3 Stadtverordnete sein müssen.

Für den Fall der Genehmigung zu 1 wird um Vornahme der Wahl der 6 nicht dem Magistrate angehörigen Mitglieder gebeten.

Begründung: Die Sorge für die körperliche Ertüchtigung des deutschen Volkes, besonders auch der deutschen Jugend, nimmt mit Recht immer weiteren Raum in den städtischen Verwaltungen ein. Der Magistrat beantragt nun, in einer neu zu bildenden Deputation eine Stelle zu schaffen, in der all diese Bestrebungen zusammenlaufen und von gemeinsamen Gesichtspunkten aus bearbeitet werden. Es handelt sich dabei z. B. um die Verteilung der Spielplätze und Turnhallen, um die Verwaltung der Bäder, um Anlegung weiterer Spielplätze und ähnlichem. Es wird gebeten, dem Magistratsbeschluß beitreten zu wollen und gleichzeitig wird für diesen Fall gebeten, diejenigen Mitglieder wählen zu wollen, welche nicht dem Magistrate angehören.

Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.

a) Die derzeitig gültigen Strompreise werden wie folgt neu festgesetzt: Drehstrom: Licht 1,30 M pro Kilowattstunde (bisher 1 M), Kraft 0,60 M pro Kw. (bisher 0,45 M), Doppeltarif I 1,50 M pro Kw. (bisher 1,20 M), Doppeltarif II 0,55 M pro Kw. (bisher 0,40 M). Gleichstrom: Licht 1,50 M pro Kw. (bisher 1,30 M), Kraft 1,30 M pro Kw. (bisher 0,65 M), (ab 1. 12. 1919 1 M).

b) Die Erhöhung tritt mit dem 1. Januar 1920 in Kraft.

c) Der Magistrat wird ermächtigt, Besitzern von Gleichstromanlagen einen verlorenen Zuschuß zu gewähren, der je nach Lage des einzelnen Falles bis zu 150 M für jede Pferdekraft betragen darf, wenn die Umwechselung der Gleichstromanlage in eine Drehstromanlage bis zum 1. Oktober 1920 durchgeführt ist.

Begründung: Die Überlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld hat die Strompreise mit Wirkung vom 1. November ab um 160 Prozent erhöht und gleichzeitig eine weitere Erhöhung bis auf 200 Prozent angekündigt, nachdem sie ursprünglich eine Erhöhung um 100 Prozent durchgeführt hatte, die auch bei der bisherigen Festsetzung unserer Strompreise berücksichtigt worden war. Die neuere Erhöhung auf 160 bezw. 200 Prozent hat den Grund darin, daß die Überlandzentrale selbst an ihr stromlieferndes Werk, die Elektrisch-Chemische Fabrik Buckau in Ammendorf, einen in demselben Verhältnis erhöhten Strompreis zahlen muß, und daß außerdem ihre eigenen Unkosten für die Stromverteilung erheblich gestiegen sind.

Da die gesamten Strompreiserhöhungen, die jetzt eintreten, ihren Ursprung in den allermeisten Fällen darin haben, daß auf Grund des Gesetzes vom 1. Februar 1919 Stromlieferanten infolge erhöhter Unkosten Strompreiserhöhungen vornehmen dürfen und da es bei solchen Strompreiserhöhungen im allgemeinen nicht ohne Schiedsgerichtsverfahren, wie es in erwähntem Gesetze vorgesehen ist, abgeht, der Spruch des Schiedsgerichts aber mit Rücksicht auf die während seiner Tagung verfließende Zeit rückwirkende Kraft haben muß, erklärt es sich auch, daß die Überlandzentrale, die mit ihrer Lieferantin ein solches Schiedsgerichtsverfahren laufen hat, auch ihrerseits die Stromerhöhung erst dann, und zwar mit rückwirkender Kraft vornehmen kann, wenn ein Schiedsspruch ergangen ist.

Die Rückwirkung ab 1. 11. 1919 bringt aber für uns eine recht erhebliche Steigerung unserer Ausgaben mit sich, die es leider nicht vermeiden läßt, die jetzt geltenden Strompreise in der beantragten Weise zu erhöhen, wenn mit einer Erfüllung des noch laufenden und auch des künftigen Haushaltsplanes gerechnet werden soll.

Für die Erhöhung des Preises für Kraftgleichstrom war außerdem noch maßgebend der Gesichtspunkt, daß ein weiterer Anreiz zur Umwechselung der noch vorhandenen Gleichstrommotore in Drehstrommotore gegeben werden muß, weil eine Gleichstromlieferung über den 1. Oktober 1920 hinaus unter allen Umständen wegen der für den Magistrat damit verbundenen stetig wachsenden Unkosten vermieden werden muß.

Das zuletzt Gesagte gilt auch für die unter c des zu fassenden Beschlusses vorgesehene Maßnahme.

Ankauf der Baracke vom Gefangenenlager.

„Die Mittel zum Ankauf der Baracke vom Gefangenenlager, sowie Ausbau derselben zu Zwecken der gewerblichen Fortbildungsschule in Höhe von 36 000 M werden bewilligt. Die Kosten sollen zunächst vorschußweise gezahlt, später aus Anleihen gedeckt werden."

Begründung: Da an den Bau der vor dem Kriege geplanten Volkshochschule in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann, somit die damit zusammenhängende Schaffung von Räumen für die Zwecke der gewerblichen Fortbildungsschule z. Zt. nicht durchzuführen ist, muß die Stadt jede Gelegenheit benutzen, um die unhaltbaren Zustände auf andere Weise zu beseitigen. Die derzeitigen Räumlichkeiten sind für die Zwecke der gewerblichen Fortbildungsschule durchaus ungeeignet, schon deshalb, weil die erwachsenen Schüler zum Teil in den Kinderschulbänken während des Unterrichts Platz nehmen müssen. Auch kann die Stadt aus den nur ermieteten Räumen jederzeit herausgesetzt werden.

Der Magistrat hat daher beschlossen, die von der Militärverwaltung zum Preise von 11 000 M angebotene Baracke vom Gefangenenlager anzukaufen und zu Zwecken der gewerblichen Fortbildungsschule auszubauen. Die Baracke soll auf dem Schulplatze der Altenburger Schule errichtet werden. In der Baracke können 3 Klassenzimmer und ein Lehrerzimmer eingerichtet werden. Die durch Ankauf und Ausbau der Baracke entstehenden Kosten von zusammen etwa 36 000 M müssen zunächst vorschußweise gezahlt und später aus Anleihe gedeckt werden.

*

Für unsere Hausfrauen.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 23. Januar.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen Näther und Vogel.

Roßfleisch: Ordnungsnummern 3901 bis 4100 bei Möbius (Tiefer Keller 1) und Ordnungsnummern 4101 bis 4300 bei Hoffmann (Brühl 6), 2 bis 4 Uhr.

Freibank: Ordnungsnummer 2700 bis 2850 von 8 bis 9 Uhr.

---

§ **Geusa,** 22. Jan. Zu der in der gestrigen Nummer des „M. K." enthaltenen Diebstahlnotiz wird uns von der darin genannten Arbeiterin Anna Krug mitgeteilt, daß es sich bei dieser Zuschrift nur um einen Racheakt handeln könne. Es sei wohl eine Haussuchung bei ihr vorgenommen worden, aber ohne Erfolg, der auch nicht möglich sei, da sie weder eine Diebin sei noch irgendwie mit den Diebstählen in Zusammenhang stehe. Die Angelegenheit werde dem Einsender ein Strafverfahren einbringen.

§ **Leunawerke,** 22. Jan. Am verflossenen Dienstag abend hielt der Zitherverein Leuna seine 1. Generalversammlung im Nebenlokale des Kolonie-Restaurants ab. Der 1. Vorsitzende, Martin Schöber, begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten und knüpfte daran den Wunsch, daß der Verein auch im neuen Vereinsjahr gute Fortschritte machen möge. Nach Bekanntgabe des Protokolls sowie des Kassenberichts wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Die Versammlung war einstimmig dafür, sämtliche Vorstandsmitglieder wieder zu wählen. Die Ämter verteilen sich wie folgt: 1. Vorsitzender Martin Schöber, 2. Vorsitzender Johann Schächer, 1. Dirigent Linus Fritzsche, 2. Dirigent Heinrich Reuß, Schriftführer Georg Mohra, Kassierer Wilhelm Kuß, Archivar Walther Krenkel, Beisitzer Max Simon, Albin Knoll, Karl Teichmann, als weiterer Beisitzer wurde Heinrich Dorwarth neu gewählt. Als nächste Vereinsveranstaltungen sind vorgesehen, eine karnevalistische Unterhaltung mit Tanz und ein Zitherkonzert, letzteres soll in Dürrenberg stattfinden.

§ **Schladebach,** 21. Jan. Am vergangenen Sonntag hielt der Ortsverein Schladebach, Kötzschau und Umgegend der Deutschen demokratischen Partei im Gasthof „Zur Eisenbahn" am Bahnhof Kötzschau eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Das Mitglied, Schriftsteller Köhre-Dürrenberg, sprach über „Zeitgemäße Betrachtungen". Ausgehend vom Tage der Veranstaltung, dem 18. Januar, würdigte er diesen als Tag der Begründung der neuen deutschen Reichseinheit im Jahre 1871 und ließ in großen Zügen das politische und kulturelle Geschehen, und Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung, die Ursachen des unglücklich verlaufenen Weltkrieges und seine Auswirkungen für Deutschland, die Revolution, die Schaffung einer neuen, freien Verfassung für das deutsche Volk und die Republik Deutschland am geistigen Auge der Versammlung vorüberziehen. Des näheren besprach er die unerfreulichen Begleiterscheinungen des deutschen innerpolitischen Geschehens, sowie die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen und politischen, wie des allgemein kulturellen Wiederaufbaues unseres lieben Vaterlandes, vor allem die der entschlossenen Überwindung der nächsten Hetzparteien durch eine feste Regierungsführung, wie durch allgemeine Mitwirkung jedes Bürgers und jeder Bürgerin im aufbauenden Sinne. Hierzu seien der Ausbau der D. D. P.-Organisation, deren aufklärende Vortragstätigkeit, die weiteste Verbreitung der Parteipresse, wie des „Merseb. Korresp.", erforderlich; überhaupt energische, lückenlose Werbetätigkeit für die großen versöhnenden Ideen wahrer Demokratie. Der Vortragende erntete von seinen Zuhörern reichen Beifall und dankte der Vorsitzende im Namen des Vereins dem Redner für den gut durchgearbeiteten Vortrag. Hieran schloß sich ein aufs Beste verlaufenes geselliges Beisammensein.

§ **Günthersdorf,** 22. Jan. Beim Gutsbesitzer Müller hier ist am Sonntag abend eingebrochen worden. Die Diebe verschafften sich durchs Scheunenloch Eingang zur Scheune und stahlen 3 Zentner ungereinigten Roggen. Zum Glück haben die Diebe eine für sie unangenehme Spur hinterlassen. Im Garten lag am andern Morgen eine Brieftasche mit Briefen, Karten, Geld und Ausweispapieren, so daß es nicht schwer sein dürfte, die Langfinger zu ermitteln.

§ **Dürrenberg,** 21. Jan. In der gemeinschaftlichen Sitzung der Gemeindevorstände von Keuschberg und Vorbitz am letzten Freitag abend bei Krostewitz teilte Gemeindevorsteher Schmöller mit, daß die Schedewitzer Grube die Kohlenlieferung für unser Gaswerk eingestellt habe. Es seien alle möglichen Schritte unternommen, um die Belieferungen wieder zu erhalten. Es wurde beschlossen, aus Vorsicht zunächst Gas nur abends von 5—8 Uhr abzugeben, damit der vorhandene Vorrat noch für das Wasserwerk ausreiche. — Zur Bestreitung der Übernahmekosten des Gaswerkes wurden 22—25 000 M bei der Kreissparkasse aufzunehmen beschlossen. Bewilligt wurden die Forderung des Gasmeisters von 400 auf 500 M pro Monat und die des Hilfsarbeiters von 2 M auf 2,50 M pro Stunde. Um eine bessere Rentabilität des Gaswerkes herbeizuführen, wurde wegen der hohen Kohlenpreise beschlossen, einen Einheitspreis für Licht- und Kraftabnehmer von Gas von 80 ₰ pro Kubikmeter vom 1. Januar ab einzuführen. (Dieser Preis ist immer noch 20 ₰ geringer, als die Pächterin seinerzeit verlangte.) — Ferner wurde noch mitgeteilt, daß die Anstellung einer Lehrerin für die Schulen Keuschberg und Vorbitz geplant sei. — Die Gaskommission hat betr. Einführung von elektrischer Energie von der Saline sich mit Oberbergrat Wolff in Verbindung gesetzt und Zusage erhalten. Nur handelt es sich um die Netzlegung, deren vorbereitende Arbeiten unverzüglich in die Hand genommen werden sollen. — Die Gemeindeverwaltung Keuschberg beschloß, die von der Kommission vorbereitete Steuerstaffelung anzunehmen. Es wurde noch zum Schluß Klage darüber geführt, daß der Kirchweg durch schwere Fuhrwerke vollständig ruiniert worden sei. Es sollen diesbezügliche Verbote erlassen werden.

§ **Lützen,** 22. Jan. Zur Erlangung guter Entwürfe für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Lützen, Nebenstelle Leunawerke, war ein Wettbewerb ausgeschrieben worden und haben hierzu 142 Architekten aus der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen ihre Bewerbung eingereicht. Die Entwürfe sind bis zum 28. Januar abends 6 Uhr bei dem Vorsitzenden einzureichen. Am 30. und 31. Januar finden die Preisrichtersitzungen in Lützen statt und vom 1. bis 5. Februar liegen die Entwürfe nach den Vorschriften des deutschen Architektenbundes im großen Saale des Hotels „Roter Löwe" in Lützen aus. Die Besichtigung ist jedermann unentgeltlich gestattet.

§ **Schkeuditz,** 22. Jan. Der große Fellbiebstahl in der Brandtschen Kürschnerei hat zu einer teilweisen Herbeischaffung der Felle bereits geführt. Am Montag nachmittag wurden in Leipzig etwa 4000 Maulwurfsfelle angeboten, und zwar in dem Geschäft, welches der Brandtschen Zurichterei die Felle zum Zurichten übergeben hatte. Der Besitzer erkannte die Felle sofort als sein Eigentum, benachrichtigte die Polizei und ließ die Männer festnehmen. Sie stritten die Unschuldigen und wollen die Felle in Magdeburg von zwei Männern aus Düsseldorf gekauft haben. Die Untersuchung wird hoffentlich den Fall voll und ganz aufklären und zur Wiedererlangung der restlichen Felle führen. — Herr Karl Geißler aus Glesien bestand am Sonnabend vor der Meisterprüfungskommission in Delitzsch die Prüfung als Schlossermeister.

Mücheln und Umgegend.

22. Januar.

⁑ **Querfurt,** 21. Jan. Eine gut besuchte Versammlung der Einwohnerwehr fand Sonntag nachmittag im Hotel „Zum Goldenen Stern" statt. Nach Eröffnung durch den Führer der Wehr, Katasterkontrolleur Craß und Feststellung der Präsenzliste ergriff Kreisrat Neumann das Wort. Sämtliche Wehren des Kreises sind ihm unterstellt und haben seinen Anordnungen und Befehlen Folge zu leisten. Eine straffere Organisation müsse unbedingt Platz greifen. Zu diesem Zwecke sei es nötig, daß allmonatlich eine Versammlung stattfinde. Von Zeit zu Zeit sollen Schießübungen in gesellschaftlicher Form abgehalten werden. Die weiteren Ausführungen betrafen taktische Fragen. Weiter betont er die Notwendigkeit, daß alle, die für Ordnung und Recht eintreten, sich der Wehr anschließen müssen. Jeder habe die Pflicht, rege für die Einwohnerwehr zu werben. Herr Craß teilte hierauf mit, daß er sich gezwungen sehe, sein Amt als Führer niederzulegen. Die Neuwahl soll in der nächsten Vollversammlung stattfinden. — Beschlagnahmt wurden am Sonnabend mittag auf dem hiesigen Bahnhof 37 Kilogramm Mehl, die nach Elberfeld verschoben werden sollten. Absender und Empfänger war ein gewisser Paul St. Das Mehl war in eine Kiste verpackt und als „Reinigungsmaschine" deklariert.

⁑ **Schmirma,** 21. Jan. Am 16. Januar abends zwischen 10 und 11 Uhr wurde der von der Arbeit kommende Grubenarbeiter Gäbler von hier auf der Straße zwischen Stöbnitz und Schmirma in der Nähe der Sandgrube von zwei Unbekannten angehalten, die Geld von ihm verlangten, jedenfalls in der Annahme, daß er den Schichtlohn bei sich trage. Als sie jedoch nichts bekommen konnten, sagte der eine zu seinem Kumpan: „Schlag ihm doch eins auf den Schädel!" Gäbler wurde die Strolche schließlich dadurch los, daß er ihnen etwas Fett, das er bei sich trug, und das einen Wert von etwa zwanzig Mark hatte, aushändigte.

Wetterwarte.

V. W. am 23. 1.: Etwas kälter, abwechselnd trüb und wolkig, etwas Niederschläge. — 24. 1.: Meist wolkig bis trüb, windig, milde, Regen.

Sport und Leibesübungen.

✧ **Hockey in Halle.** Zu nächstem Sonnabend hat die Vereinigte Hockey-Abteilung Halle die spieltüchtige Elf des Magdeburger Hockeyklubs zu einem Wettspiel nach Halle verpflichtet. — Die Hockey-Städtemannschaft Halle-Dessau, welche gegen Magdeburg am 1. Februar in Magdeburg die Stadt Halle vertritt, ist folgendermaßen aufgestellt: Wintzer, Hoffman, Heß, Blick, Leser (Hockey-Vereinigung), Hüttmann, Molsberger, Sachse, Mühlberg (V.f.L.), Schaubhut, Raab (Dessau).

✧ **Kreisligaspiele in Erfurt.** Kommenden Sonntag stehen sich im Sportpark Erfurt-Cyriaksburg der Sportklub-Erfurt und der 1. Sportverein-Jena gegenüber.

Briefkasten der Schriftleitung.

K. L. Die Versorgungsstelle (Bezirkskommando) Weißenfels ist verpflichtet, Ihnen den bei ihr verloren gegangenen Paß zu beschaffen bezw. neu zu ersetzen. Dies ist der Versorgungsstelle Weißenfels möglich, wenn sie will, sie braucht sich nur die nötigen Angaben von Ihnen machen zu lassen. Lassen Sie sich vorerst von der Versorgungsstelle Weißenfels den bei ihr eingetretenen Verlust Ihres Passes bescheinigen und beantragen Sie dann bei der in Frage kommenden Steuerbehörde unter Vorlage dieser Bescheinigung Aussetzung des Steuerverfahrens so lange, bis Sie wieder im Besitze Ihres Passes sind, der die achtmonatige Gefangenschaft ausweist.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner, für den Anzeigenteil: Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200123-17/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Ackerverpachtung

Sonnabend, den 24 Jan. d. J., nachm. 3 Uhr sollen im Eißnerschen Gasthof zu Leuna

zirka 21 Morg. Acker

der Frau Schladebach daselbst gehörig, auf sechs hintereinander folgende Jahre in einzelnen Morgen oder in den einzelnen Plänen öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termine.

Im Auftrage der Besitzerin:
Albert Franke, Auktionator.

Junges Ehepaar sucht möbliertes Zimmer.
Offert. unt. 187 a. d. Exp. d. Bl.

Junger Mann sucht einfach möbliert. Zimmer.
Offert. unt. 188 a. d. Exp. d. Bl.

Ein sauber möbliertes Zimmer
sofort von Schachtmeister gesucht. Off. u. 193 a. d. Exp. d. Bl.

Junger Mann sucht
möbliertes Zimmer.
Gefl. Off unt. Nr. 190 a. d Exped.

Gut möbl. Zimmer
gesucht. Offerten unter 189 an die Expedition dieses Blattes.

Laden

in bester Geschäftslage od.

Geschäfts-haus

von hiesigem Geschäftsmann zu kaufen gesucht. Offert. unter 194 an die Exped. d. Bl.

---

2 Damen-Masken
zu verleihen Kurze Straße 6.

Fast neuer **Gehrock** mit **Weste** für 300 Mark sowie neuer **Smoking** für 150 Mark zu verkaufen.
Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Ein guter **Anzug** (f. schl. Figur pass.), ein Paar neue **Stiefel** (Gr. 45) zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Brauner Flauschrock
für jung. Mädchen passend, preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Besseres dunkelblaues Kleid.
fast neu, mit Futter, Größe 42—44, sowie
gestr. Blusenseide
zu verkaufen Georgstr. 6, pt.

Fast neue schwarze Bluse
(passend für Konfirmandin) sowie
kleidsamer Hut
für junges Mädchen preiswert zu verkaufen Preußerstraße 4.

Auto-Mütze
billig zu verkaufen, desgl. einige
Herren- und Damenkragen.
Große Ritterstraße 30, 1 Tr.

---

2 Paar wenig getragene
Langstiefel
(Größe 27 und 28) billig zu verkaufen Burgstraße 13, Hof l.

Be tstelle Matratze u Keilkiss.
gut erhalten, zu verkaufen. Näh. in der Exp. d. Bl.

---

1 großes Läuferschwein und ein Enten-Erpel
zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Ein Italiener-Hahn
B.-R. 19, reingelb, zur Zucht zu verkaufen **Kolonie Rössen,** Mittelstraße 12, part. r.

Wachsamer
Hund
zu kaufen gesucht.
Frieda Hartung (bei Stroisch), Roßmarkt 2.

Gelbe
Kohlrüben
— a Zentner 14.— Mark —
größere Posten billiger,
verk. **Gemüsebau Rischmühle.**

Rudolf

Die Geburt eines kräftigen **Knaben** zeigen hocherfreut an
Rudolf Thiele.
Margarete Thiele geb. Sourell.
Berlin-Tempelhof, Kaiserin Augustastrasse 11.

Am 19. Januar starb nach kurzer Krankheit unsere treue und fleißige Wirtschaftshelferin

Fräulein Klara Boettiger.

Wir werden ihr ein treues Andenken bewahren!

Regierungs- und Baurat Haesler und Familie.

Merseburg, den 22. Januar 1920.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 23. Januar 1920
vorm. von 8—9 Uhr auf die Nummern 2700—2850 statt.
Merseburg, den 22. Januar 1920. L A I 88/20.
Das städtische Lebensmittelamt.

Roßfleisch-Verkauf am 23. Januar 1920
bei **Möbius**, Tiefer Keller 1,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 3901—4000
„ „ 3—4 „ „ „ „ 4001—4100
bei **Hoffmann**, Brühl 6,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 4101—4200
„ „ 3—4 „ „ „ „ 4201—4300
auf Feld 6 der Roßfleischkarte.
Merseburg, den 22. Januar 1920. L A I 87/20.
Das städtische Lebensmittelamt.

Anzeigen
erzielen den
größten Erfolg
in dem am meisten gelesenen
„Merseburger /// // Korrespondent"

Verband der Inhaber von Geschirrhaltungen aller Art in Merseburg.

P. P.

Die außerordentlichen Steigerungen von Futtermitteln, Schmiede-, Stellmacher- und Sattler-Reparaturen zwingen den unterzeichneten Verband, vom heutigen Tage ab folgende Fuhrlohn-Sätze zur Anrechnung zu bringen:

1. **Für ein Gespann mit 2 Pferden:**
   Tagelohn mindest. Mk 80,—
   Stundenlohn „ „ 12 50
2. **Für ein Gespann mit 1 Pferde:**
   Tagelohn mindest. Mk. 50,—
   Stundenlohn „ „ 8,—
3. **Kohlenfuhren vom Werk bis zur Abladestelle (außer Abladen) pro Zentner Mk. 2,—.**

Merseburg, am 10. Januar 1920.

Verband der Inhaber von Geschirrhaltungen aller Art in Merseburg.

Gut erhalt. hell. Kinderwagen
aus bess. Hause zu kaufen gesucht. Offert. unt. 185 an die Exped. d. Bl.

Wohin?
bei Rheuma, Influenza und Nervenleiden, Flechte, Ausschlag u. s. w.? Nehmen Sie ein Licht-, Moor-, Dampf- oder Fichtennadel-Bad, Rot- oder Blaulicht-Bestrahlung, Hand- oder Vibrations-Massage im
Johannisbad,
Merseburg, Johannisstraße 10.
1 Minute vom Markt.

Cröllwitz.
Sonnabend, d. 24. Januar:
Großer Volks-Masken-Ball
wozu ergebenst einladet
Die Wirtin.

Modernes Theater
MERSEBURG
TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1
Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.

Ab heute bringen wir wiederum eine gewaltige

Ueberraschung:

Ein neuer Franz Hofer-Film,
der Verfasser von „Die Glocke", „Heidenröschen" u. a. m.

Das Mädchen mit dem fremden Herzen

Nach einer großzügigen Roman-Idee bearbeitet und inszeniert von Franz Hofer.

Motto: Nicht Reichtum gründet Glück nur auf der Welt — —
Das Herz muß sich zum Herz bekennen.

Ein Film voller Feinheiten, der in ergreifenden Bildern die zartesten Saiten der Seelen klingen läßt. Man sieht auf dem Operationstisch den zarten bleichen Körper ausgestreckt, hört das bittende Flehen des Freundes: „Rette sie mir um jeden Preis!" — und in dieser Stunde wird das Werk der Wissenschaft gekrönt. — Entsetzen ergreift den Zuschauer, wenn er sieht, wie der Arzt das lebende Herz eines fremden Weibes in den toten unschuldsvollen Körper des edlen sittenreinen Mädchens verpflanzt. — Weiß er doch — dieses Herz gehört einer Verkommenen, einer jener Vielen, die im Schatten der Großstadt zu grunde gehen. — Und die Operation gelingt. — Neues Leben kehrt in den Körper des Mädchens zurück. — Und das Ende???

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

II.

Der erste große amerikanische Abenteurer-Sensations-Film

Der Mann des Tages

Ein Bild aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, das sich zwischen New-Yorks Wolkenkratzern und den Diamantfeldern Kaliforniens und in Mexiko bei den Gauchos abspielt. Die Rache eines Sohnes in 5 Akten. Auch für diesen außergewöhnlichen Abenteurer-Film erwarben wir das alleinige Erstaufführungsrecht für Merseburg.

Als Einlage: **Karlchen** in seinen neuesten Abenteuern. :——:
Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

In Vorbereitung:
's Lieserl vom Schliersee.
Das Ereignis des Jahres.

„Opfer"	„Komteß Doddy"	„Seine Beichte"
mit Carola Toelle.	mit Pola Negri.	mit Reinhold Schünzel.

Frühzeitiges Kommen sichert einen guten Platz.

An allen Tagen: Großes Musikprogramm unserer eigenen Hauskapelle unter Leitung des Herrn Konzertmeisters **Putler.**

Kassenöffnung 4 Uhr. **Die Direktion.** A. Bilke.

Eigene Lichtanlage!

Löpitz.

Sonntag, den 25. Januar
Großer Masken-ball
— Anfang 6½ Uhr. —
Es ladet freundlichst ein
Alb. Schmidt.

Gesellsch.-Verein „Frohsinn"
hält **Sonnabend,** den 24. d. M., von abends 6 Uhr an in den festlich dekorierten Räumen des Lippertschen Gasthauses in **Meuschau** seinen
Lumpen- und Vagabunden-Abend ab.
Flotte Musik! Neueste Tänze!
Der Vorstand.

Gold- und Silber-Geld

Zahle für:

1 Mark	. . . .	5 Mark	
2 „	. . . .	10	„
3 „	. . . .	15	„
5 „	. . . .	25	„
10 „	Gold .	100	„
20 „	Gold .	200	„

Carl Wilke
Weißenfelser Straße Nr. 7
Annahme vorm. 10—12, nachm. 3—6 Uhr

K. V. „Saxonia".
Freitag, den 23. Januar im Gasthaus Menzel
General-Versammlung.

Kaninchenzüchterverein Merseburg (E. V.).
Monats-Versammlung
Freitag, den 23. d. M., abends pünktlich 7 Uhr in der **„Funkenburg".**
Vorstand 6 Uhr; sehr wichtige Tagesordnung.
Der Vorstand.

Heirat!
Damen und Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnellstens glücklich verheiraten wollen, erhalten sof. diskret Auskunft durch **Concordia, Berlin O 34.**

Tüchtiger
Kaufmann
möchte sich tätig mit vorläufig 50000 Mark an nachweislich gutem Engros Geschäft beteiligen. Offert unt. 191 a. d. Exp. d. Bl.

Damen-Schneiderei
wird angenommen
Ober-Altenburg 30, 1 Tr.

Wer erteilt Mandolinen-Unterricht?
Offerten unt. 192 an die Exp. d. Bl

Einen jüngeren Tischlergesellen
stellt sofort ein Otto Wünsch, Mücheln (Bez. Halle). — Wohnung, Mittag- und Abendbrot im Hause.

Eine ordentliche
Arbeiterfamilie
und einen verheirateten
Pferdeknecht
sucht zum 1. 4. 1920
Rittergut Raschwitz.

Lehrlinge
für unsere Setzerei und Druckerei zu Ostern gesucht
Buchdruckerei Th. Rößner.

Lehrling stellt sofort oder Ostern ein
G. Schaffernicht, Schmiedemstr., Merseburg, Große Sixtistraße 9.

Ein junges, fleißiges, ehrliches
Mädchen
für leichte Niederlagsarbeiten gesucht. Thiele & Franke.

Junges Mädchen
für Nähstube und Haushalt zum 15. Februar gesucht.
Knaben-Erziehungsanstalt „Samariterherberge",
Horburg, Bezirk Halle.

Aufwartung
für Freitag vormittag gesucht
Domstraße 11.

Aufwartung
für einige Stunden vormittags gesucht Weiße Mauer 5, 1 Tr.

Saubere Aufwartung für einige Stunden vormittags sofort gesucht
Zehender, Karlstr. 19, part.

Aufwartung
für zweimal wöchentlich sofort gesucht Seffnerstraße 3, 1 Tr.

Hohe Belohnung!
Schwarzer Winterüberzieher (Monogramm G S), Taschenlampe, goldener Kneifer sowie brauner Velourhut am Dienstag abend während des Unterrichts in der Fortbildungsschule, Karlstraße 4, gestohlen worden. Wiederbringer erhält hohe Belohnung. Abzugeben bei **Gustav Schönwälder,** Hirtenstraße 7, 1 Tr.

Anonymen Brief erhalten!
Vielen Dank für das mir wertvolle Material. Für Angabe Ihrer Adresse — deren Geheimhaltung ich unbedingt verbürge — wäre ich sehr verbunden. — Bitte lassen Sie wieder von sich hören. Arch. Sch.

Das Abladen
von Schutt und Asche
auf meinem in der **Manteuffelstraße** gelegenen Lande oder in meiner Kiesgrube ist strengstens untersagt. Jede Zuwiderhandlung wird zur Anzeige gebracht. B. Kremmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200123-17/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 19. Freitag den 23. Januar 1920. 46. Jahrg.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 21. Januar.

Vizepräsident Dr. Porsch: Der jetzt in Kraft getretene grausame Friedensvertrag reißt unter völliger Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker weite Gebiete mit kerndeutscher Bevölkerung von Preußen los, die in jahrhundertlanger Zugehörigkeit zu unserem Lande auf eine hohe Stufe der Kultur gehoben worden sind.

Mit tiefster Trauer

nimmt die Landesversammlung von der vollzogenen Trennung Kenntnis, aber die deutsche Stammeszugehörigkeit, die deutsche Kultur, der deutsche Geist und die deutsche Sprache, diese Gemeinsamkeit wird auch die grausame Gewalt nicht zerstören können. Wir geloben ihnen Treue für immer und hoffen, daß auch sie ihrem Deutschtum die Treue halten werden. Wir vertrauen, daß die Gerechtigkeit der Welt auch uns mit ihnen wieder vereinigen wird. (Brausender Beifall auf allen Seiten des Hauses, das sich während der Ansprache des Präsidenten von den Sitzen erhoben hat.)

Abg. Hoffmann (U. S.): Auch die

Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten

bedauert die Lostrennung Deutschlands. Der Friede von Versailles ist ein Gewaltfrieden, er verweigert den Völkern die Selbstbestimmung, deshalb verlangen auch wir die Revision. Wir erstreben sie nicht durch einen neuen Krieg, wir erwarten aber, daß die Völker das Selbstbestimmungsrecht aus den Händen der Internationalen Sozialdemokratie erhalten werden. Ihr wird die Gerechtigkeit der Welt den Sieg verleihen.

Zur Beratung steht die Bitte der Regierung, sie zu ermächtigen,

den Überschwemmungsgebieten im Westen

in weitestem Maße Hilfe zu gewähren und die hierfür erforderlichen Unterstützungen aus den bereiten Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Ministerpräsident Hirsch:

Ich danke dem Präsidenten, daß er den Gegenstand zuerst auf die Tagesordnung gesetzt hat. Unser Antrag bezweckt eine sofortige Hilfsaktion für die durch das Hochwasser geschädigten Gebiete. Die Überschwemmungen im Rheinlande haben

unübersehbare Schäden

für das lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 ℳ zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Höchstbetrag bis zum Beschluß der Abstimmung festzustellen. Das von dem Unglück betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt geboten, diesen schon vor dem Waffenstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Bezirken jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Abg. Schubig (Ztr.): Die Verheerungen des Hochwassers im Rheingebiet sind furchtbar. Es ist daher dankbar zu begrüßen, daß die preußische Regierung im Gegensatz zum Reiche einen in der Höhe unbegrenzten Kredit für die Hilfsaktion fordert.

Schnelle Hilfe tut not,

außerdem muß ähnlichen Katastrophen wirksam vorgebeugt werden. Die Regulierung der Flüsse muß beschleunigt und die Verwendung der Wasserkräfte für elektrische Anlagen und für das wirtschaftliche Leben überhaupt durchgeführt werden.

Abg. Dr. Jordan (Dem.): Der Wohnungskommissar muß dafür sorgen, daß nach dem Abflauen der Flut die noch bewohnbaren Häuser ausgebaut werden. Viele sind vollkommen zerstört. Daß alles getan wird, um das Unglück in seiner Wirkung zu mildern, ist nicht nur menschliche, sondern auch vaterländische Pflicht.

Abg. Kalle (D. Vpt.) schließt sich den Vorrednern an.

Abg. Bellert (U. S.): Am schwersten sind die Arbeiter betroffen, nicht nur, weil sie ihre Wohnungen größtenteils verlassen mußten, sondern weil auch die Betriebe im Überschwemmungsgebiet geschlossen werden mußten. Welche Wege wird die Regierung einschlagen, um der Notlage Herr zu werden? Die bisher angegebenen 125 000 ℳ sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

Minister Dr. Südekum:

Daß die Regierung die Hilfsaktion so weit wie möglich einleitet, versteht sich von selbst, das war ihre Pflicht. Sie dankt dem Hause, daß es unbeschränkte Mittel zur Verfügung stellt.

Die Hilfe wird schnell, umfassend und gerecht

sein. Mitglieder der Regierung werden sich alsbald nach dem Rheinland begeben. Solange das von der Einreiseerlaubnis der fremden Besatzungsbehörde abhing, verbot dies unsere Würde. (Sehr richtig.) Wenn die unlauteren, elenden Menschen, die den Abfall des Rheinlandes von Preußen betreiben, die jetzige Not für ihre Bestrebungen ausbeuten, so werden sie der verdienten Verachtung ihrer Landsleute anheimfallen. Die zu liefernden Lebensmittel und Kohlen sind an das Maß des Vorhandenen gebunden. Es kommt auf die

Steigerung der gesamten Produktivität

an. Das Gefühl der Solidarität muß wieder in allen Kreisen befestigt werden. (Sehr richtig.) Auch vorbeugende Maßnahmen sind erschwert durch die Tatsache, daß wir ein freies Verfügungsrecht über unsere Ströme nicht mehr haben. Wir versprechen ihnen, im Rahmen des Möglichen rasch und gerecht zu helfen. (Beifall.)

Die gewünschte Ermächtigung wird der Regierung einstimmig erteilt.

In der

Beantwortung kleiner Anfragen

teilt die Regierung mit, daß die Zuwanderung von Ausländern, soweit sie verbotswidrig erfolgt, künftig verhindert werden soll, daß Uniformstoffe zur Lieferung für die polnische Armee nicht zur Verfügung gestellt worden seien, daß die Aufnahme anderer deutscher Länder in Preußen nur erfolgen könne, wenn es von der überwiegenden Mehrheit der betreffenden Länder gewünscht werde.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Faßbender (Ztr.) und Genossen betr. die

Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule aus Berlin.

Abg. Dr. Faßbender (Ztr.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß ersucht, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule baldigst zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Die Ausschußanträge werden angenommen.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.) will morgen an erster Stelle seinen Antrag, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes herbeizuführen, behandelt wissen.

Abg. Heller (Soz.): Der Antrag soll verhandelt werden, aber das soll nicht morgen geschehen, da ja die Unabhängigen die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig gemacht haben. (Lärm bei den unabhängigen Sozialisten.)

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 12 Uhr: Anträge betr. die Beamtenbesoldungsfragen.

Deutschland.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

Montag vormittag begann vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I Berlin die Hauptverhandlung in dem Prozeß Erzberger gegen Helfferich. Den Gegenstand der Anklage bilden die von Dr. Helfferich im Juli und August 1919 veröffentlichten Artikel, die von Dr. Helfferich danach zu einer Broschüre unter dem Titel „Fort mit Erzberger" zusammengefaßt worden sind. Ferner ist ein Schreiben unter Anklage gestellt, das Dr. Helfferich am 10. August 1919 an Erzberger gerichtet hat und von ihm in der Kreuzzeitung vom 12. August veröffentlicht worden ist.

Ein Zwischenfall ergab sich sofort bei Eröffnung der Verhandlung, als der Vorsitzende die Anwesenheit zweier Herren in Zivil im Saale feststellte, die für die persönliche Sicherheit des Finanzministers Erzberger bestimmt sind. Der Vorsitzende ordnete die Entfernung dieser Herren aus dem Saal an.

Die Verlesung der Artikel Helfferichs nahm über drei Stunden in Anspruch und war erst gegen ¾3 Uhr beendet.

Die Dauer des Prozesses wird auf mehrere Wochen berechnet.

Am Dienstag erklärte

Reichsfinanzminister Erzberger

zur Anklage folgendes:

„Der Angeklagte," so sagt er, „hat an meine Kämpfe gegen die Kolonialpolitik von 1904 erinnert. Er war mitverantwortlicher Träger dieser Politik. Ich war deren Gegner und bemüht, die Geschäftsausnutzung der Firma Tippelskirch, die in Verbindung mit dem Minister von Podbielski stand, zu bekämpfen. Ich kämpfte gegen die Eingeborenenpolitik und verteidigte stets den General Deimling. Das ist nicht ein In-den-Rücken-fallen gegen die Regierung. Bezüglich der Methode meiner Materialbeschaffung muß ich sagen, daß mir eine Unmenge Material zugetragen wurde, das ich als Abgeordneter zu prüfen verpflichtet bin. Noch nicht 10 Prozent davon habe ich verwertet. Es ist richtig, daß mir ein Bericht eines Untergebenen eines Majors, der mir als Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission untergeben war, zugegangen ist. Ich habe den Brief im Dienstwege an den Kriegsminister Reinhard zur Äußerung weitergegeben. In jenen Tagen hatte ich den Kopf so voll, daß ich mich um anderes nicht kümmern konnte. Was meine Propagandatätigkeit im Kriege betrifft, so muß ich feststellen, daß eine ganze Reihe politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stellen im Auslande Propaganda getrieben hat; aber alles wurde von meinen Feinden auf das „Konto Erzberger" gesetzt. Mein Bestreben ging dahin, in den neutralen und möglichst auch in den feindlichen Ländern eine für Deutschland günstige Stimmung herbeizuführen. Daß ich erfolgreich gearbeitet habe, steht fest.

Ich bestreite meine Beziehungen zu Wien und Bourbon-Parma nicht. Ich habe sie zugunsten Deutschlands ausgenutzt; immer ging mein Bestreben dahin, das Bündnis mit Österreich, Bulgarien und der Türkei bis zum Kriegsende aufrecht zu erhalten. Wie recht ich hatte, beweist der Zusammenbruch nach dem Abfall Bulgariens. In der U-Boots-Angelegenheit habe ich auf den großen Rechenfehler hingewiesen, als es noch Zeit war, zu einem guten Frieden zu kommen. Die Veröffentlichungen Czernins erscheinen in einem recht sonderbaren Lichte, da er doch früher seine Kenntnis der Parma-Briefe bestätigt hat.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages decke ich auch heute noch. Ich rechne es mir als ein Verdienst an, eine Verlängerung des Krieges verhindert zu haben. Die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen hätte uns neue schwere Lasten gebracht und nicht eine Bedingung abgemildert. Ich bestreite, daß ich irgend jemand erklärt habe, ich würde bedingungslos unterzeichnen. Die süddeutschen Minister erklärten damals:

„Wir gehen mit der Regierung, aber wenn wir nicht unterschreiben, sind wir gewesen. Bei einem Einmarsch des Feindes ist die Einheit des Reiches vernichtet."

Diese Einheit war mir aber maßgebend.

Ich kenne kein Gesetz, das einem Abgeordneten verbietet, sich in einen Aufsichtsrat wählen zu lassen, und auch nicht die Forderung, daß nur Leute aus dem Wirtschaftsleben einem Aufsichtsrat angehören dürfen. Ich erinnere an Bassermann und Stresemann und zahllose andere Abgeordnete, die auch nicht dem Wirtschaftsleben angehörten und angehören. Man hat auch meine persönlichen Verhältnisse in Betracht gezogen. Alle Behauptungen des Angeklagten sind falsch. Einmal bin ich nicht vermögenslos nach Berlin gekommen, zweitens hat — da man doch nun einmal in meinen Familienverhältnissen herumstochert — meine Frau Vermögen, drittens ist es falsch, daß ich ein beträchtliches Vermögen besitze. Ich habe in meinen Steuereinschätzungen genau über mein Vermögen Auskunft gegeben. Ich führe ein bescheidenes Leben, das den Vergleich mit dem des Angeklagten Helfferich durchaus aushält. Der Mann hat von meinem „skandalösen Lebenswandel" gesprochen. Skandalös ist es, daß man einem Manne im politischen Leben nachforscht, wieviel er für sein Mittagessen ausgibt. Das Urteil, daß Helfferich der leichtfertigste Finanzminister war, halte ich aufrecht. Er hat weder eine Kriegsgewinnsteuer eingeführt, noch die im Kriege stark gewachsenen Vermögen besteuert.

Zum Prozeß Erzberger gegen Helfferich.

Berlin, 22. Jan. In dem Prozeß Erzberger gegen Helfferich hat Helfferich nach dem Bericht des „Berl. Tageblatts" vom Dienstag abend behauptet: Es ist bald ein halbes Jahr her, daß ich mich zum erstenmal an den Reichspräsidenten gewandt und für eine Untersuchung zur Verfügung gestellt habe. Man hat davon keinen Gebrauch gemacht, denn ich gehöre zu den „kompromittierten Persönlichkeiten des alten Regiems und Herr Erzberger ist der Stolz und die Perle des glorreichen neuen Regimes". Demgegenüer ist festzustellen, daß Helfferich sich nur einmal in der Angelegenheit Erzberger an den Reichspräsidenten gewandt hat und zwar mit einem Schreiben vom 17. August 1919, in dem er verlangte, daß eine Feststellung des seinen Anschuldigungen zu Grunde liegenden Sachverhalts in die Wege geleitet werde. Darauf war er bereits am 21. August 1919 im Besitz einer schriftlichen Antwort des Reichspräsidenten, in dem ihm unter Bezugnahme auf einen Kabinettsbeschluß vom 16. August mitgeteilt wurde, daß auf Antrag des Reichsfinanzministers das Strafverfahren gegen Helfferich veranlaßt worden sei.

Provinz und Umgegend.

Stillegung der bürgerlichen Presse?

Aus Halle wird uns gemeldet: Eine Mittwoch abend einberufene stark besuchte Versammlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes nahm Stellung zu dem Verbot des hiesigen „Volksblattes". Nach fast vierstündiger erregter Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in welcher schärfster Protest gegen die planmäßigen Verbote der unabhängigen Zeitungen erhoben wurde. Sie bringen eine große wirtschaftliche Schädigung der Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes mit sich; es wird deshalb eine sofortige Aufhebung der Verbote gefordert. Die Mehrzahl der Versammelten stand auf dem Standpunkt, daß es ein Verhandeln in dieser Frage nicht geben kann, und mit Majorität wurde beschlossen, auch die bürgerlichen Zeitungen stillzulegen. Jedoch will man erst die Entscheidung über die gestern in Berlin und Leipzig in dieser Frage stattgefundenen Versammlungen abwarten, um sich alsdann mit den dort gefaßten Beschlüssen solidarisch zu erklären.

Der Gauvorsteher der Buchdrucker gab im Namen der Minorität die Erklärung ab, daß sie sich dem Beschlusse nicht fügen werden, sondern eine reine Buchdruckerversammlung entscheiden lassen wollen.

Der Befehlshaber des 4. Wehrkreises, General Maercker, hat die im Verlage des hiesigen „Volksblattes" erscheinende „Merseburger Arbeiterzeitung" und die in Eisleben erscheinende „Mansfelder Volkszeitung" verboten.

*

† Pirna, 21. Jan. Im Neubau des Gasbehälters des Mügelner Gaswerks ereignete sich eine schwere Explosion. Das ganze Dach des unfertigen Eisenbaues wurde etwa drei Meter hochgehoben und stürzte dann zurück. Die auf der Galerie stehenden Leute wurden durch den Luftdruck herabgeschleudert und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Insgesamt wurden 21 Mann verletzt, von denen einer kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Der Betrieb der Gaswerke wird durch den Unfall nicht berührt.

† Schleiz, 21. Jan. Einer beträchtlichen Fleischschiebung kam am hiesigen Bahnhof ein Hilfsgendarm auf die Spur. Er beschlagnahmte zwei Koffer, in denen sich zwei geschlachtete Schafe, fast ein ganzes geschlachtetes Schwein und sieben Schinken befanden, zusammen etwa zwei Zentner Fleisch. Als Eigentümer der Schieberware wurde der Fleischer Paul Göring festgestellt. Er ist ein Sohn des Fleischermeisters Gustav Göhring, der Vorstand der Zentralschlächterei Schleiz ist. Wie die „Schleizer Zeitung" meldet, sollte die Fleischsendung als Reisegepäck nach Leipzig gehen, wo sie dann unter den nötigen Wucherpreisen Absatz finden sollte. Eine nach der Beschlagnahme vorgenommene Haussuchung in der Wohnung des Fleischers Paul Göhring, die sich im elterlichen Hause befindet, förderte noch drei Schinken und eine an anderer Stelle vorgenommene Durchsuchung zwei lebende Schafe zu Tage.

† Schwenda (Harz), 21. Jan. Infolge des herrschenden Kohlenmangels wurden von Grube Flußschacht in Krummschlachtstale bei Stolberg fünfzig Mann der Belegschaft entlassen. Die abgelegten Bergleute wohnen in Stolberg, Uftrungen und Schwenda und können glücklicherweise vorläufig Arbeit und Verdienst im Siebengemeindewalde und den Stolberger Forsten als Holzhauer finden.

*

Die preußische Staatsregierung zur Großthüringer Frage.

Auf eine kleine Anfrage hat in der Sitzung vom 21. Januar 1920 die preußische Staatsregierung in der Großthüringer Frage folgende Erklärung abgegeben:

Am 11. September 1919 wandte sich der Schwarzburgische Minister Peyer in einem Schreiben an den preußischen Minister des Innern, um mit ihm die Frage einer Verbindung Schwarzburg-Sondershausens und Preußens zu erörtern. Nach der damaligen Lage der thüringischen

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„So", sagte Hempel nun nach einer Pause, „du weißt nun Helene Birons Botschaft und siehst daraus, wie recht ich hatte, mich über dein Herkommen zu ärgern. Wären diese Leute nicht bei aller Schlauheit doch so dumm, ihr Mißtrauen stets gleich merken zu lassen, so hättest du mir leicht alles verderben können. Reise lieber so bald als möglich wieder ab."

„Das geht nicht. Ich habe Baron Etters selbst ersucht, die Arbeiten statt im Sommer, jetzt ausführen zu dürfen, und kann daher nicht eher abreisen, als bis ich damit fertig bin."

„Dann male in Gottes Namen. Aber rühre dich nicht über die Grenze von Herrenwalde hinaus. Deine Briefe magst du mir meinetwegen schicken; und ich werde dir die ihrigen zustellen."

„Du bist wirklich außerordentlich liebenswürdig! Eine Kratzbürste ist Sami gegen dich!" sagte Peter Lindemann ärgerlich.

„Weil ich mich ärgere, daß du mit deinen Narreteien das Mädel jetzt auch noch in Gefahr bringst."

Lindemann schnellte in die Höhe.

„Ich? Wen? Helene?"

„Na, wen denn sonst? Glaubst du, diese Leute werden viel Federlesens mit ihr machen, wenn sie merken, daß sie jemand hat, dem sie ihre Geheimnisse anvertrauen kann? Warum nahmen sie denn just eine Anfängerin ohne Erfahrung, eine Waise, die keinen Anhang besitzt? Warum war es denn die erste Sorge der Gräfin, sich zu erkundigen, ob sie einen Bräutigam habe oder Freundinnen, mit denen sie in Korrespondenz stehe? Doch nur, weil es im täglichen Zusammenleben doch fast unvermeidlich ist, daß diese Gouvernante da und dort einmal etwas auffällig findet und dann niemand haben darf, dem sie es weitererzählen könnte, der sie dann warnt. Auch ist es viel bequemer — falls sie ja einmal etwas von Wichtigkeit durch Zufall entdeckt — ein Wesen still verschwinden zu lassen, das ohne Anhang ist, als die Nachforschungen von Verwandten fürchten zu müssen."

„Mensch — wenn du recht hättest!" stammelte er.

„Sei versichert, daß es so ist! Helenes Alleinstehen in der Welt allein verschaffte ihr diese Stelle."

„Aber dann wäre sie ja in beständiger Gefahr! Sie muß fort. Keinen Tag länger lasse ich sie in Dubschinka!"

„Du vergißt, daß dieses Mädchen ein hohes Pflichtgefühl hat und sich durch dieses, sowie ihr warmes Herz an das Kind gebunden fühlt. Auch würde sie dir kaum glauben, selbst wenn du ihr alles sagtest, was wir wissen. Übrigens ist sie nicht in Gefahr, so lange sie nichts entdeckt hat und keinen Argwohn zeigt — hauptsächlich aber keine Verdacht erregenden Beziehungen mit der Außenwelt unterhält. Das wollte ich dir nur begreiflich machen, mein lieber Peter!"

„Aber sie hat ja schon etwas entdeckt und gegen den Grafen hegt sie bereits den größten Argwohn!"

„Wirklich? Willst du mir das nicht erzählen?"

„Natürlich! Darum habe ich dich ja kommen lassen!" Und Lindemann berichtete aufgeregt, was ihm Helene über das Gartenhaus und ihr Zusammentreffen mit dem Grafen erzählt hatte, sowie über Marianas Begebenheit.

Hempel lächelte.

„So, so, das mit dem geheimnisvollen Gartenhaus weiß sie also auch schon?"

„Hm — einiges. Wenn es mir auch leider noch nicht gelungen ist, die Bewohnerinnen der Hütte zu Gesicht zu bekommen. Ich muß nämlich äußerst vorsichtig vorgehen, um das Vertrauen des Grafen nicht zu verlieren."

„Du glaubst also auch, daß Frauen dort wohnen — respektive von dem Grafen dort verborgen gehalten werden?"

„Ich vermute so etwas allerdings."

„Helene vermutet, daß sich die wahnsinnige Geliebte des Grafen dort befindet — jene Wanda Jaßnitzki. Hältst du das für möglich?"

„Hm — ich habe von dieser Jugendaffäre auch schon einiges gehört. Auf alle Fälle ist sie — sehr interessant!"

Er nahm eine Prise und blickte nachdenklich vor sich hin. „Wichtiger vielleicht, als man denkt!"

„Mir kommt es zu abenteuerlich vor. Ich hege eine ganz andere Vermutung. Wenn ich mich vielleicht doch in Neapel getäuscht hätte, und man Harriet Morgan dort gefangen hielte?"

„Zu welchem Zweck?"

„Vielleicht, um Geld von ihr zu erpressen?"

„Das konnte man durch ihren Tod sicherer haben! Gewiß wäre dann die Gräfin doch ihre Erbin!"

„Das ist wahr. Aber dabei fällt mir ein, Silas, ist es nicht sehr auffallend, daß Harriets Verschwinden — mag sie nun tot sein oder gefangen gehalten werden — niemand von ihren überseeischen Verwandten veranlaßte, herüber zu kommen, und der Sache selbst nachzuforschen? Da ist doch dieser Parkinson und seine Mutter."

„Weißt Du denn, ob sie nicht kamen?"

„Man hätte es doch gehört. Ihr erster Weg mußte doch zur Gräfin sein!"

Hempel lächelte.

„Wer weiß? Die Gräfin hat ja erklärt, die Tote sei gar nicht ihre Schwester —! Dies und manches andere konnten das Mißtrauen ihrer Verwandten erregen. Aber die Behörde in Neapel hat sich der Meinung der Gräfin angeschlossen. Nun wird die Sache dort wohl eingeschlafen sein. Unbekannte, namenlose Mädchen verschwinden ja öfter — wo kein Kläger auftritt, gibt es keine Richter!"

„Du lächelst so verschmitzt, Silas — ist das mehr als Vermutung? Weißt du etwas Bestimmtes?"

„Nun, ich will nicht Verstecken mit dir spielen, Peter! Allan Parkinson ist allerdings, wie ich durch Sanzio erfahren habe, am Tage unserer Abreise in Neapel angekommen. Er hat in der Toten nach den Photographien seine Kusine auf das bestimmteste erkannt, aber die Behörde glaubt ihm ebensowenig wie dir. Darauf wandte er sich an das beste Privatdetektivinstitut — das eben leitet Sanzio — und betraute dieses mit weiteren Nachforschungen. Er selbst reiste ab."

„Zurück nach Amerika?"

„Das weiß Sanzio leider nicht. Keinesfalls direkt, denn er nahm ein Billet nach Rom. Entweder erledigte er dort nur Geschäfte und kehrte dann nach New York zurück oder — er setzte seine Nachforschungen in der Stille persönlich fort."

„Das ist ja sehr interessant! Und was hast du inzwischen herausgebracht?"

„Wenig", antwortete der Detektiv unbestimmt.

„Hast du keine Spur von den beiden Männern gefunden, die den Mord ausführten? Wenn deine Vermutung richtig ist, so müssen sie sich doch in der Nähe des Grafen aufhalten, denn nur ihm zuliebe können sie die Tat begangen haben."

„Das glaube ich wohl auch. Aber es sind viele Leute in Dubschinka, denen ich nicht recht traue, und ich bin noch zu kurze Zeit dort, um zu wissen, welche vertrauenswürdig sind."

„Aber das Signalement? Der junge Mensch mit dem mädchenhaften Teint, der Alte mit der Adlernase — gibt es denn niemand im Schloß, auf den dies stimmt?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200123-17/fragment/page=0005

Frage war es dem Minister des Innern nicht möglich, hierzu eine Fühlungnahme mit den gesamten Staatsministerien Stellung zu nehmen.

Bei der Neigung weiter Kreise des deutschen Volkes, Preußen Annektionsabsichten unterzuschieben, die es tatsächlich nicht hat, erscheint es der Staatsregierung erforderlich, nur dann Fragen der Verbindung anderer Länder mit Preußen näherzutreten, wenn die Bevölkerung der in Betracht kommenden Länder eine solche Verbindung in ihrer übergroßen Mehrheit wünscht. Im Falle von Schwarzburg-Sondershausen schien es der Staatsregierung bei den starken kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen den thüringischen Ländern trotz des an sie herangetretenen Wunsches der Regierung bedenklich, in diese Beziehung durch die einzige Aufnahme eines angelenen thüringischen Landes ohne Fühlungnahme mit den übrigen einzugreifen. Freilich ist nicht zu verkennen, daß, wie dies auch dem Schreiben des Schwarzburgischen Ministers zu Grunde gelegen haben wird, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Schwarzburg-Sondershausen und den umliegenden, preußischen Gebietsteilen besonders enge sind.

Inzwischen hat die Angelegenheit dadurch eine neue Wendung erhalten, daß die Gesamtheit der zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossenen thüringischen Länder beschlossen hat, bei dem engen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Preußen erneut Fühlung wegen einer Verwaltungs- und Wirtschaftsgemeinschaft zu nehmen.

Ein entsprechender Antrag liegt noch nicht vor, doch wird Preußen bereit sein, in derartige Verhandlungen einzutreten.

*

Das Schicksal der Naumburger Schaubühne.

Im März vergangenen Jahres wurde unter Beteiligung der Stadt in Naumburg ein Theaterunternehmen gegründet, das gemeinnützigen Zwecken dienen sollte, indem es der Bevölkerung Naumburgs gute, künstlerisch geleitete Theatervorstellungen, Konzerte und sonstige Veranstaltungen bot. Die Schaubühne brachte auch während ihres kurzen Bestehens — die Vorführungen wurden Ende August eröffnet — fast ausnahmslos Theaterstücke, die künstlerischen Wert besaßen. Die Vorführungen waren gut besucht, trotzdem in Naumburg noch ein Operettentheater besteht, brachten aber infolge der wöchentlichen Volksvorstellungen nur wenig ein. Da es auch von vornherein klar war, daß die Unkosten aus einem nach rein künstlerischen Gesichtspunkten geleiteten Theaterbetrieb nicht würden gedeckt werden können, wurde in Verbindung mit dem Theater ein Kino eingerichtet, das die finanzielle Grundlage stärken sollte. Dieser Versuch der Verbindung eines Theaters mit einem Kino erwies sich jedoch als ein Fehlschlag. Denn infolge der Beteiligung der Stadtgemeinde und dem Zweck des Unternehmens entsprechend, konnten nur Filme von künstlerischem Wert vorgeführt werden. So blieb das Kino leer, denn das kunstverständige Publikum schreckt vor dem Film zurück, und die ständigen Kinobesucher, deren Masse den Gewinn verbürgt, verlangen die üblichen Schundfilms. Da überdies das Grundkapital des Unternehmens im Verhältnis zu den Betriebserfordernissen zu gering angesetzt war und die Baukosten infolge der steigenden Preise mehr Geld verschlangen als veranschlagt war, braucht die Schaubühne schon nach so kurzer Lebensdauer eine Beihilfe von 120 000 ℳ, um weiter bestehen zu können. Da immerhin zweifelhaft ist, daß die Stadt diese Summe vorschießen kann — die Steuerzuschlag ist von 167 auf 334 Prozent gestiegen —, so werden wohl die Tage des gemeinnützigen Unternehmens gezählt sein.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

* **Seife aus Braunkohle.** Daß die moderne Wissenschaft die Steinkohle zum Ausgangspunkt der verschiedensten Produkte, wie Benzin, Benzolsäure, schöner Farbstoffe, sowie zahlreicher Arzneimittel gemacht hat, ist heute ziemlich allgemein bekannt. Dagegen werden nur wenige gehört haben, daß man auch aus der Braunkohle, und zwar aus dem Braunkohlenteer, einige für die Industrie sehr wichtige Stoffe herzustellen vermag. Bis jetzt wurde aus dem Braunkohlenteer außer dem Solaröl, das auch deutsches Petroleum genannt wird, und dem Paraffin noch ein anderes Rohöl, das sog. Gasöl, gewonnen, das zu verschiedenen Zwecken verwandt wird, als Schmieröl, aber auch zur Heizung und zur Beleuchtung, wobei es im letzten Fall noch einen besonderen Reinigungsprozeß durchmachen muß. Nach einem Bericht in „Neueste Erfindungen und Erfahrungen" ist es nun dem bekannten Chemiker Prof. Harries in Kiel gelungen, aus diesem Gasöl eine gute, fette Seife herzustellen. Bei den ersten Versuchen zeigte sich die Seife allerdings stark hygroskopisch, d. h. sie zog aus der Luft Wasser an und wurde dadurch weich, doch war es möglich, diese nachteilige Eigenschaft zu beseitigen, so daß der Herstellung der Braunkohlenseife nunmehr nichts mehr im Wege steht. Es wäre übrigens nicht ausgeschlossen, daß man auch aus dem sehr fettreichen Ölschiefer, der sich namentlich in Württemberg reichlich vorfindet, mit Hilfe eines geeigneten Verfahrens ähnliche Nutzprodukte gewinnen könnte.

Vermischtes.

* **Föhnsturmverheerungen im Schwarzwald.** Aus Freiburg wird gemeldet: Der orkanartige Föhnsturm, der in den beiden vergangenen Wochen über den Schwarzwald hinwegfegte, hat einen Schaden von mehreren Millionen Mark allein in den Wäldern angerichtet, im Forstbezirk Villingen schätzt man den Schaden auf zwei Millionen Mark.

* **Wenn der Mensch Pech haben soll.** Ein Einbrecher war vor einigen Nächten in das Zuckerlager der Zeitzer Zuckerfabrik eingedrungen, nachdem er das Steuergitter zerschnitten und das Fenster nach Zerstören einer Scheibe geöffnet hatte. Süße Genüsse winkten ihm. Ach, wie wollte er fleißig arbeiten! Zu diesem Zweck entledigte er sich seines Arbeitsrockes und in Hemdsärmeln ging es forsch ans Werk. Doch mit des Geschickes Mächten —! Der Sackstapel lockerte sich — ein Poltern ging los und im Nu sauste eine Anzahl Säcke herab und begruben nicht den Herrn Einbrecher — er hatte Glück im Unglück — wohl aber seinen Arbeitsrock, in dem die Brieftasche mit 7 ℳ Inhalt und die Knappschaftskarte steckten, die den Namen eines Granaer Bergarbeiters aufwies. Ob der Einbrecher oder sein Geschäftsteilhaber, wahrscheinlich waren es mehrere, sonst selbst verletzt sind, wird die eingeleitete Untersuchung erweisen, ihn litt es nicht mehr in den unheimlichen Räumen, ohne Rock und ohne Zucker ging es zu Muttern. Wie leicht hätte die Einbrecherzunft ein geschätztes Mitglied einbüßen können? So wird der Pechvogel verschiedene Monate Gelegenheit bekommen, über die Heimtücke des Schicksals nachzudenken.

* **Eine große Geheimschlächterei ausgehoben.** Auf dem Baugelände unweit des Nordhafens in Berlin entstand Freitag früh kurz vor 3 Uhr ein Brand, der großen Schaden verursachte. Ein hart an der Samoastraße liegender 20 Meter langer Bau ist im Erdgeschoß an den Kistenfabrikant Wilh. Schmeiß vermietet. Seine Hauptätigkeit beschränkte sich auf den Betrieb einer Geheimschlächterei, die er neben der Werkstatt eingerichtet hatte. Unmittelbar daran schlossen sich Ställe, in denen Pferde, Schweine, Hühner usw. untergebracht waren. Als die Feuerwehr erschien, brannten die Kistenwerkstatt und ein Nebenraum, in dem sich alte Kisten befanden. Das Feuer selbst war nicht besonders erheblich und konnte bald abgelöscht werden. Der Qualm hatte aber in den anliegenden Ställen 12 Pferde, 14 Schweine, 1 Schaf, 52 Hühner, 3 Ziegen und 6 Kaninchen erstickt. Die Feuerwehr rückte nach der erfolgten Ablöschung wieder ab, ließ aber eine Brandwache zurück. Sie wurde jedoch bald darauf nochmals nach der gleichen Brandstelle gerufen, da an einer anderen Stelle das Gebäude Feuer emporloderte. Dieses hatte seinen Weg nach einem Pferdestall gefunden, das bald in seiner ganzen Ausdehnung brannte. Die Polizei stellte bald fest, daß man es hier mit einer Geheimschlächterei zu tun hatte. Es wurden dann auch große mit Fleisch- und Wurstwaren angefüllte Kisten vorgefunden, die der sofortigen Beschlagnahme verfielen. Zugleich wurde Schmeiß in Haft genommen.

* **400 000 ℳ unterschlagen.** 400 000 ℳ sind aus der Felbintendantur der Deutschen Legion von den Soldaten Leo Schwarz und Nerft Namen eines 32 Jahre alten, aus Stolp in Pommern gebürtigen Intendanturassistenten Willy Hermann Franz Huth, aber auch gefälschte Papiere auf unbekannte Namen mit den Stempeln der Feldintendantur besitzen und in bürgerlicher Kleidung im Auto umherreisten. Schwarz, der aus Nattkirschken im Kreise Tilsit stammt, ist 26 Jahre alt und von Beruf Maler. Nerft stammt aus der Gegend von Düsseldorf und war früher Kellner.

* **Die Kindertragödie in Berlin.** Durch die weitere Verurteilung der Frau Hecklau, die bekanntlich ihre beiden Kinder Marno und Hildegard in einer Tonne elend ersticken ließ, hat es sich herausgestellt, daß dieser Vorfall sich nicht als ein überlegter Mord darstellt; die Täterin ist zweifellos geistig nicht normal. Der Oberwachtmeister Hecklau, der für die Tat nicht in Frage kommt, wurde am Sonntag aus der Haft entlassen.

* **Wie 40 unserer U-Boote vernichtet wurden.** Der „Daily Telegraph" beschreibt die Art und Weise, wie 40 von unseren U-Booten zugrunde gingen. Die größten Erfolge der gegen die U-Boote angewandten Mittel hatten die Wasserbomben, großkalibrige Geschosse, deren Berspringen in bestimmten Zielen durch Zeitzünder geregelt wurde. Sie haben 14 Boote vernichtet. Durch Geschützfeuer wurden 6, durch Rammen 4 U-Boote versenkt, durch Netze und Wasserbomben gemeinsam 2. Dreimal wird eine Versenkung durch eine U-Bootsfalle erwähnt. Ein Drittel der Versenkungen erfolgte nur durch Zusammenarbeiten mehrerer englischer Fahrzeuge. Bemerkenswert ist, daß ein U-Boot (U 18) nur eine Seemeile von der Horg-Einfahrt nach Scapa Flow zugrunde ging. Es wurde von einem Fischdampfer gerammt, und die Besatzung ergab sich, nachdem sie ihr Boot versenkt hatte. Bei 29 von den 40 angeführten U-Booten wird keine Rettung von Überlebenden angegeben.

*

Der Anschlag auf den Eilgüterzug bei Schneidemühl.

In unserem gestrigen Bericht über die Katastrophe bei Schneidemühl wurde schon ausgesprochen, daß es sich anscheinend um einen verbrecherischen Anschlag handelte. Die Untersuchung, die von höheren Beamten der Eisenbahndirektion Bromberg geführt wird, hat ergeben, daß dieser Verdacht leider nur allzu begründet war. Augenscheinlich hatten die Täter es auf eine Beraubung des Güterzuges abgesehen. Die Verbrecher hatten damit gerechnet, daß der Zug den an dieser Stelle besonders hohen Bahndamm herunterstürzen werde. Der Plan der Beraubung konnte aber nicht ausgeführt werden, weil sich an der Unfallstelle kurz nach der Entgleisung des D-Zuges eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Vor der Katastrophe hatte der Wachunteroffizier drei Männer in Soldatenuniform in der Nähe des Bahndammes überrascht, die sich dort zu schaffen machten. Sie entflohen aber bei seinem Hinzukommen.

Tanzschule
Hünicke-Hölzer.
Nächste Tanzstunde Dienstag 7 Uhr.

Deutscher Monisten-bund (D.M.B)
Ortsgruppe Merseburg.
Die Abstammung des Menschen u. seine Zukunft
3. öffentlicher, volkstümlich-wissenschaftlicher
Lichtbilder-Vortrag
von Aug. Kahl-Hamburg
(Schüler Haeckels)
Freitag, den 23 Januar, im Tivoli,
— 7,30 Uhr abends. —
Karten zu 2. 1 und 0,50 Mark im Vorverkauf im „Alten Dessauer", Dammstrasse 6 und an der Abendkasse. Kassenöffnung 7 Uhr.

Gensa
Gesellschaftsverein Gensa
Sonnabend, den 24. d. Mts., von abends 6 Uhr an
Ball
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Öffentliche Gastwirte-Versammlung
Zu der
am 27. Januar nachm. 1 Uhr, im Tivoli
zu Merseburg stattfindenden öffentlichen Wirte-Versammlung sind sämtliche Gastwirte von Stadt und Land hiermit höflichst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Herbeiführung einheitlicher Faßbiertreise für die ländlichen Kollegen.
2. Stellungnahme zum Wuchergesetz und der verkürzten Polizeistunde.
Der Einberufer.

Auch bei der diesjährigen Mitglieder-Versammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins Merseburg-Stadt soll eine
Auszeichnung von Dienstboten
die mindestens 5 Jahre bei Mitgliedern des Vereins im Dienste einer Herrschaft gestanden haben, durch die Aushändigung von Ehrenurkunden stattfinden. Stichtag: 1. April 1920.
Wir bitten unsere Mitglieder, bezügliche Anträge bis zum 20. Februar schriftlich bei Frau v. Gersdorff (Schloß) einzureichen.

Kammer-Lichtspiele!
Kleine Ritterstraße Nr. 3 Fernruf 529
Ab Freitag bis Montag große Tage!
„Der Seelenkäufer!!"
Bedeutendes Schauspiel in 4 Akten mit Bernd Aldor in der Hauptrolle.
„Henriette Jakoby"
Ergreifendes Lebensbild in 5 Akten nach dem Roman von Georg Hermann.
Hierzu eine große Überraschung?
Anfang 6 Uhr mit durchgehendem Programm

Trinkt Dr. Oetker's Tee deutscher Herkunft
Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz
Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem lang ihrigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau Berta Koopmann, Berlin W 35, Potsdamer Str. 104.

Prima Rauchtabak, egyptische u. englische Zigaretten
konkurrenzlos billig.
Flassig, Rosental 3, part.

Ich beehre mich anzuzeigen, dass ich durch den Herrn Justizminister zum
Notar
ernannt bin. Mein Büro befindet sich hier, Kleine Ritterstrasse Nr. 9.
Alfred Weyler,
Rechtsanwalt und Notar.
Büro: Kleine Ritterstrasse 9.
Wohnung: Weisse Mauer 4.

Waren die Sozialdemokratie u. ihre Gewerkschaften ein Segen für die deutsche Arbeiterschaft?
Oeffentlicher Vortrag
von Herrn Geitzler-Essen, Vorsitzender des Deutschen Arbeiterbundes,
Freitag, 23. Jan., abds. 8 Uhr
bei „Rülle". Deutsche Volkspartei.

Bahnhof Niederbeuna.
Sonntag, den 25. Januar
Großer
Volks Maskenball
Von nachm. 3 Uhr an Tanz.
Einlaß der Masken 5½ Uhr.
Hierzu ladet freundl. ein Fr. Zätzsch.

Schkopau Bergers Gasthaus
S. F. C. 1915
veranstaltet Sonntag, den 25. Januar 1920, einen
großen Masken-:: Ball ::
Prämiierung der 3 originellsten Masken!
Von 3 Uhr an Ball
Einlaß der Masken 5½ Uhr Demaskierung 7½ Uhr
Der Vergnügungs-Ausschuß

Bergschenke!
Zur
Abendunterhaltung u. Tanz
Sonntag, den 25. Januar, von abends 7 Uhr an laden freundlichst ein
Allg. Turnverein Dölkau. Ohme, Gastwirt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200123-17/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 19 | Freitag, den 23. Januar 1920 | 46. Jahrg.

Das neue Frankreich und Deutschland.

Nach dem siegreichen Kriege ist jetzt die französische Regierung umgebildet worden. Die Kammer hat durch die Neuwahlen ein anderes Gesicht erhalten, nach den Ergebnissen der Präsidentenwahl wird Herr Deschanel Präsident der Republik werden, und in diesen Tagen ist nun auch das neue französische Ministerium gebildet worden. Es ist sehr begreiflich, daß man diese Vorgänge bei dem westlichen Nachbar in Deutschland mit erhöhter Aufmerksamkeit betrachtet. Denn nicht zum kleinsten Teil wird die weitere Entwickelung der deutschen Republik mitbestimmt durch das Verhältnis zu Frankreich. Aber auch der stärkste Verständigungswille in Deutschland nutzt nicht viel, wenn man drüben zu einer Verständigung nicht geneigt ist. Naturgemäß wendet man daher in Deutschland den Blick nach dem Westen, ob irgendwelche Anzeichen für einen Umschwung der Stimmung vorliegen. Dabei scheint es notwendig zu sein, einmal darauf hinzuweisen, daß die Vorgänge in den anderen Ländern aber nicht nur unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden dürfen. Fast überall sind es zunächst Vorgänge innerpolitischer Natur, die die neue Politik bestimmen. Das gilt für die Haltung Amerikas in der Friedensfrage und das gilt auch für die Veränderungen in der französischen Regierung.

Herr Clemenceau ist nicht zum Präsidenten gewählt worden, wie man überall anzunehmen geneigt war. Und man muß ihm ein Lob dafür aussprechen, daß er trotz dieser Niederlage nicht gesinnt ist, die Memoirenflut um ein ein- oder mehrbändiges Werk noch weiter ansteigen zu lassen. Es wäre aber doch ein Irrtum, anzunehmen, daß die Clemenceausche Niederlage auf seine Politik gegen Deutschland zurückzuführen ist, daß der „Organisator des Sieges" nun nicht mehr die Massen hinter sich habe, weil seine Politik gegen die deutsche Republik allzu schroff und haßerfüllt sei. Viel richtiger scheint es zu sein, auch die Präsidentenwahl auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen. Dafür spricht schon, daß Deschanel nicht der Mann ist, die Geleise zu verlassen, in denen die Politik Clemenceaus sich bewegte. Gute Kenner der Verhältnisse schildern Herrn Deschanel als einen außerordentlich liebenswürdigen Mann mit guten Umgangsformen. Diese Liebenswürdigkeit hat ihn aber keineswegs abgehalten, sich während des Krieges in scharfer Form gegen Deutschland zu äußern. Allerdings hat er einige Jugendjahre in Deutschland verbracht, und das läßt wenigstens noch eine kleine Hoffnung auf Objektivität zu. Für völlig falsch würden wir es aber halten, in dem Ausfall der Präsidentenwahl ein Anzeichen für eine Kursänderung der französischen Politik Deutschland gegenüber sehen zu wollen. Vielleicht wird sich die Methode ein wenig ändern, keinesfalls aber Richtung und Ziel dieser französischen Politik.

Dafür scheint auch schon die Bildung des Kabinetts zu sprechen, dem Millerand vorsteht. Richtig ist allerdings, daß der neue Präsident noch nicht für dieses Ministerium verantwortlich zu machen ist. Die siebenjährige Amtszeit des Herrn Poincaré erreicht erst am 17. Februar ihr Ende. Nach der französischen Verfassung muß die Neuwahl vier Wochen nachher erfolgen. Während dieser Zeit führt also der alte Präsident die Geschäfte weiter, doch ist es selbstverständlich, daß er wichtige Entscheidungen im Einvernehmen mit seinem Nachfolger trifft. Allerdings dürfte dem Kabinett Millerand wohl überhaupt keine allzu lange Lebensdauer beschieden sein. Man betrachtet es allgemein als ein Übergangskabinett. Millerand soll sein Ministerium als ein Ministerium der Arbeit bezeichnet und auf seine große Rede vom 7. November v. J. verwiesen haben, in der sein Programm vorgezeichnet sei. In dieser Rede hat Millerand ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Deutschland zur Durchführung des Vertrages von Versailles gezwungen werden müsse. Er ist des ferneren dafür eingetreten, die Kriegsbündnisse auch in den Frieden zu übernehmen, also jene Bündnisse, die unbeachtet des Völkerbundes die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der Entente sichern sollen. „Entfalten wir", so sprach Millerand damals, „im Frieden dieselben Tugenden, dieselbe Arbeit und Zähigkeit, die uns im Kriege auszeichneten; halten wir dieselbe Eintracht aufrecht, dann können wir unbesorgt in die Zukunft schauen. Frankreich wird auch fernerhin die große Nation bleiben. Seine Toten haben es verdient, daß dem so sei." Innerpolitisch soll Millerand die verschiedensten Reformen planen, aber seine Außenpolitik dürfte keine Kursänderung bringen.

Gegenüber jenen deutschen Politikern, die nach dem kleinsten Verständigungszeichen in Frankreich suchen und solche Worte dann in Fettdruck zu veröffentlichen pflegen, sei noch darauf hingewiesen, daß im Ministerium Millerand Herr Lefèvre das Ministerium des Krieges übernimmt. Dieser Herr hat sich während der ganzen Friedensverhandlungen als entschiedener Gegner der angeblich zu milden Politik Clemenceaus Deutschland gegenüber gezeigt. Er forderte namentlich die vollständige Entwaffnung Deutschlands, damit ein Manöver im Geiste Scharnhorsts vermieden würde. Auch in der Kammer hat er diese Forderung eingebracht. Daß Millerand diesem Manne das wichtige Portefeuille des Krieges gibt, wird von verschiedenen französischen Blättern als Vorzeichen einer erhöhten Wachsamkeit gedeutet. Zum mindesten sei es ein Anzeichen dafür, daß das neue Ministerium auf der genauesten Ausführung des Friedensvertrages bestehen werde.

Es sind also vorläufig keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß in der von unversöhnlichem Haß gegen Deutschland erfüllten Politik Frankreichs eine Änderung eintritt. Für Frankreich ist noch nicht die Zeit gekommen, die die Erkenntnis bringen könnte, daß ein Wiederaufbau Europas nur mit und nicht gegen Deutschland möglich ist. Die deutsche Politik kann nur darauf gerichtet sein, immer wieder die Gemeinsamkeit der Interessen zu betonen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß nichts so sehr im Interesse Frankreichs liegt, wie ein gesundes und kräftiges Deutschland.

Neueste Nachrichten.

Deutsche 200 Millionen-Anleihe in Holland.

Aus dem Haag, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Das niederländische Ministerium des Auswärtigen teilt mit: Zwischen Bevollmächtigten der niederländischen Regierung und der deutschen Regierung ist Übereinstimmung bezüglich einer ihren Regierungen zu unterbreitenden Vereinbarung über einen Deutschland zu gewährenden Kredit gegen die Einfuhr von Steinkohlen aus Deutschland erreicht worden. Die Niederlande gewähren Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden, ablösbar spätestens in zehn Jahren. Von diesem Kredit sind 60 Millionen für den Ankauf in den Niederlanden von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs bestimmt. Ein Betrag von 140 Millionen dient zum Ankauf von Rohstoffen.

Kein oberschlesischer Freistaat.

Gleiwitz, 22. Jan. (T.-U.) Laut Tarnowitzer Stadtblatt sollte vor dem Eintreffen der alliierten Besatzungstruppen ein neutraler oberschlesischer Freistaat unter dem Schutze des Völkerbundes proklamiert werden. Die Bemühungen des Zentrumspfarrers Olitzki aus Ratibor in Paris sind jedoch völlig gescheitert. Die Entente verlangt nur die Volksabstimmung für Deutschland oder Polen. Die Bildung eines Freistaates könne nur unter Anlehnung an einen dieser beiden Staaten erfolgen.

Um die Auslieferung Wilhelm II.

London, 22. Jan. (T.-U.) Nach der „Daily Mail" sollen die alliierten Regierungen die holländische Regierung darauf aufmerksam gemacht haben, daß sie sich nicht darauf berufen könne, daß der frühere deutsche Kaiser der Untertan eines anderen Staates sei. Deutschland habe der Auslieferung bereits zugestimmt. (Durch die mit Gewalt erzwungene Unterzeichnung des Friedensvertrages!) Deshalb könne sie Holland nicht verweigern. Falls Holland den Kaiser ausliefere, werde er auf einem englischen Kriegsschiffe nach England verbracht werden.

Stockholm, 22. Jan. (Priv.-Tel.) „Svenska Dagbladet" erfährt, daß die Regierung der Niederlande an alle übrigen neutralen Staaten einen Appell richten werde, um einen allgemeinen Protest gegen die erzwungene Verletzung des international anerkannten Asylrechts zu veranlassen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris.

Paris, 22. Jan. (T.-U.) Das Pariser „Journal" bringt eine Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Dr. Mayer, der über seine Aufgabe erklärte: Meine Mission ist begründet auf die strikte und loyale Durchführung des Friedensvertrages ohne jeden Hintergedanken.

Frankreich als Polizist in den Abstimmungsgebieten.

Paris, 22. Jan. (Priv.-Tel.) England hat dem Obersten Rat der Alliierten mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Besatzungstruppen für die Abstimmungsgebiete Schlesien, Schleswig, Allenstein usw. zu stellen. Weiter wird berichtet, daß Italien den gleichen Schritt beim Obersten Rat getan habe. Die Aufgabe, den Polizeidienst in den Abstimmungsgebieten zu versehen, wird Frankreich allein zufallen. Wie verlautet, war England um die Stellung von 25 Bataillonen ersucht worden.

Der Brotpreis in Belgien.

Brüssel, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Brotpreis für Belgien wurde auf einen Franc für das Kilo festgesetzt.

Streikdrohung der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Die Bergarbeiter des Beckens von Charleroi erklärten in einer Tagesordnung, daß sie am 15. Februar d. J. wiederum in den Streik treten würden, wenn bis dahin die wegen des letzten Streiks Verfolgten nicht außer Verfolgung gesetzt seien.

Der Ausstand in Barcelona.

Barcelona, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Gouverneur hat einen Erlaß veröffentlicht, der die Wiederaufnahme der Arbeit ab 26. Januar fordert. Wer dem Erlaß nicht Folge leistet, sieht sich scharfen Maßnahmen der Regierung ausgesetzt, u. a. der militärischen Einberufung.

Bolschewisten in Mexiko.

Amsterdam, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Nachrichten aus Mexiko melden die Verhaftung des Generals Alvaremo, des früheren Gouverneurs von Yucatan, durch Offiziere, die auf Befehl des Präsidenten Carranza handelten. Alvaremo ist beschuldigt, auf dem Wege gewesen zu sein, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen und in Yucatan eine Sowjetregierung einzusetzen.

Dutasta gegangen.

Paris, 22. Jan. (T.-U.) Infolge des Sturzes des Ministerpräsidenten Clemenceau ist auch der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta am Montag bereits auf Urlaub gegangen. Er wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit nicht mehr ins politische Leben zurückkehren.

Nach dem Frieden.

Die ersten Gefangenen aus Frankreich.

Aachen, 21. Jan. Am Mittwoch traf der erste Gefangenenzug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich in Herbesthal ein. Ihm folgte in kurzer Zeit ein zweiter Zug mit weiteren 1000 Kriegsgefangenen; ein dritter ist im Anrollen. Damit hat endlich die Heimbeförderung unserer Landsleute aus Frankreich begonnen. Der erste Transport brachte Heimkehrer aus Lille, der zweite aus Noyon, der dritte von Albert. Der erste Zug wird in Jülich ausgeladen werden, die anderen werden nach Düren und Eschweiler weitergeleitet. Die nächsten 12 Züge bringen Gefangene aus den verschiedensten Lagern im Osten Frankreichs. Die Kriegsgefangenen, die seit etwa 20 Stunden unterwegs waren, machten durchweg einen recht stillen Eindruck. Zum Teil sahen sie auch recht elend aus. Wieweit dies schlechte Aussehen auf das Konto der Reise oder auf die erlittenen Entbehrungen zu setzen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Manche von ihnen sind 5½ Jahre in Gefangenschaft gewesen. Wie sie erzählen, ist die schlimmste Zeit der Gefangenschaft die erste gewesen, da Frankreich nicht auf große Mengen Gefangener eingerichtet war. Nach dem Waffenstillstand wurden die Gesetze der Genfer Konvention zum Teil außer Kraft gesetzt und die Behandlung ganz in das Benehmen der einzelnen Aufsichtsoffiziere gestellt. Die linksrheinischen Gefangenen sind bereits seit Anfang Dezember in verschiedenen Lagern konzentriert und haben bis zuletzt schwere Arbeit bei der Munitionsvernichtung und bei der Wiederherstellung des zerstörten Gebietes leisten müssen.

Die Engländer in deutschen Häfen.

Wie der „Hann. Cour." aus Wilhelmshaven meldet, befinden sich zur Prüfung des durch den Friedensvertrag England zufallenden Materials zurzeit drei englische Kriegsschiffe, ein Linienschiff und zwei Torpedoboote, im dortigen Hafen. Die englische Kommission besichtigte zunächst die Torpedowerft und die Hauptwerft.

Die Saargruben in französischer Verwaltung.

Der französische Grubendirektor Arthur Fontaine wurde zum Verwaltungspräsidenten der Saarwerke, der französische Grubeninspektor Defline zum Generaldirektor der Saargruben ernannt.

Die Räumungsfristen für Nordschleswig

sind wie folgt festgesetzt: Hadersleben bis Mitternacht vom 19. zum 20. Januar Apenrade vom 21. zum 22., Sonderburg vom 22. zum 23., Tondern und Flensburg mit Umgegend vom 24. zum 25. Januar.

Die polnischen Schadenersatzansprüche an Deutschland

für Kriegshandlungen Deutschlands auf jetzigem polnischen Gebiet während der Jahre 1914—17 sind in Höhe von 16¼ Milliarden Mark vom polnischen Kabinett angenommen und nach Paris weitergeleitet worden.

Frankreich zahlt den in Elsaß-Lothringen wohnenden Rentenempfängern die Pensionen weiter.

Dem „Hann. Cour." wird aus Straßburg gemeldet: Die französische Behörde hat beschlossen, den in Elsaß-Lothringen wohnenden altdeutschen Rentenempfängern, die früher in Staatsdiensten gestanden haben, die Pensionen weiter zu bewilligen und die Renten in französischer Goldwährung, die Mark zu 1,25 Frcs., also zu dem früheren Friedenskurs, auszuzahlen.

Die deutsche Mark ist weiter gefallen

und wird in Kopenhagen mit 9,25 bezahlt. In Stockholm bezahlt man nur noch 8½ Öre.

Der Friedensvertrag mit der Türkei

wird den Türken am 30. Januar übergeben. In der Sitzung der alliierten Ministerpräsidenten und Botschafter in Paris sind die britischen Ansprüche auf Kleinasiens Küste angenommen worden.

Die Ausführung des Versailler Vertrages.

Paris, 21. Jan. Laut Havas-Meldung hat der Oberste Rat heute beschlossen, daß kommenden Sonntag die Konferenz der Botschafter eröffnet werden soll, welche die Ausführung des Versailler Friedensvertrages und die laufenden Geschäfte besorgen soll. Die großen Fragen der allgemeinen Politik werden besonderen Konferenzen der Regierungschefs vorbehalten bleiben.

*

Zur Auslieferung des Kaisers.

England der Richter über Wilhelm II.

Genf, 22. Jan. Eine zweite Note der Alliierten aus Holland teilt mit, daß das Mandat zur Übernahme des zur Auslieferung angeordneten früheren Kaisers Wilhelm an England übertragen worden ist.

Weiter meldet der „Temps" aus London: Das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II. findet, auch wenn der Kaiser zunächst nicht ausgeliefert werden sollte, in der letzten Februarwoche in London statt. Der Kronanwalt beim Obersten Gerichtshof ist von den Alliierten mit der Formulierung und Durchführung der Anklage gegen den Kaiser beauftragt.

Die Entente verlangt Deutschlands Unterstützung für die Auslieferung des Kaisers.

Basel, 22. Jan. „Havas" meldet, daß eine Note der Alliierten an Deutschland unmittelbar vor der Absendung stehe, welche die
U[illegible]ng bei Holland
in [illegible] beansprucht.
Di[illegible] in Deutschland.
[illegible] Paris: Die Entente
hat [illegible] Deutschland zu beauf-
tra[illegible]schrift gegen die aus-
zul[illegible] deutschen Presse und
auc[illegible] diese Weise versuche
die [illegible] die auszuliefernden
Pe[illegible]er Strafe nicht ent-
geh[illegible]eine Million solcher
Ex[illegible] im besetzten Gebiet,
in [illegible]eutschland verbreitet
wer[illegible]

[illegible]rozeß.
[illegible]erd. Cour." erklären
sich [illegible]" gegen den Kaiser-
pro[illegible]destens vier Monate
dau[illegible]s Kaisers erreichen.
Llo[illegible]n Kaiser vor Gericht
zu [illegible]ien dagegen.
[illegible]lieferung.
[illegible]ung die Entente nach
den [illegible] sich über die Frage,
wel[illegible]en Auslieferung die
Fei[illegible]listen: „Niemand
ha[illegible]r Verhandlung
en[illegible]hre."

[illegible]en.
[illegible]ll bei der Räumung
ber[illegible]tiegel eingetroffenen
Ent[illegible]rschtiegels, das nach
dem[illegible]tellte ein Ultima-
tum[illegible]amer Besetzung
der Stadt.

Schwedische Hilfe für die Kriegsgefangenen in Sibirien.

Laut „Voss. Ztg." hat eine schwedische Kommission umfangreiche Vorarbeiten zur Linderung der Not der deutschen Kriegsgefangenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131920012 3-17/fragment/page=0007